SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Demokratiezufriedenheit und Vertrauen: politische Unterstützung in Westeuropa und im vereinten Deutschland

Terwey, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Terwey, M. (1996). Demokratiezufriedenheit und Vertrauen: politische Unterstützung in Westeuropa und im vereinten Deutschland. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 39, 94-129. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-200399

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Demokratiezufriedenheit und Vertrauen: Politische Unterstützung in Westeuropa und im vereinten Deutschland

von Michael Terwey

Zusammenfassung:

Politische Kulturen in Westeuropa scheinen im Zuge der aktuellen Transformation zunehmend von "Politikverdrossenheit" und "Anomia" geprägt zu sein. Die in dieser Arbeit präsentierten Analysen beschreiben diesbezüglich Aspekte der diffusen oder generalisierten politischen Unterstützung. Einige sozialstrukturelle Merkmale wie Klassenlagen und Kirchlichkeit erklären zur Zeit kaum, welche sozialen Kreise mit der Demokratie zufriedener sind. Die Ergebnisse sprechen ansonsten nicht ausschließlich für eine gradlinige Abnahme politischer Unterstützung, sondern auch teilweise für zyklische Entwicklungen, die mit Wahlperioden und wirtschaftlichen Konjunkturen zusammenhängen. Insgesamt ist bisher die von 1993 auf 1995 wieder etwas gewachsene politische Unterstützung von einigen Autoren noch nicht ausreichend beachtet worden. Ostdeutschland weist nach den neuesten vorliegenden Daten im innerdeutschen Vergleich immer noch eine gewisse Integrationsschwäche auf, stellt aber hinsichtlich einfacher "political alienation" oder kritischer Artikulation nicht das Schlußlicht im europäischen Zug dar.

Abstract:

Political culture in transforming West-European Nations seems to be increasingly influenced by "Politikverdrossenheit" and "anomia". The empirical analyses presented in this article focus on diffuse or generalized political support. Presently, some structural locations of the respondents inverstigated seem to have hardly any influence on diffuse political support. On the other hand, some assumptions about a straightforward, linear decline of political support have to be qualified according to findings about economic and electoral cycles. A moderate restrengthening of diffuse and diffuse-specific political support which has taken place between 1993 and 1995 has been underestimated by some authors yet. In several aspects, Eastern Germany still shows relatively low degrees of generalized satisfaction, but some other nations in Western Europe are indicating even larger degrees of simple 'political alienation' or critical self-expression towards governmental institutions and democracy.

I. Einleitung

Die Aufhebung sozialistischer Systeme in Osteuropa und die erweiterten Chancen zur Globalisierung tangieren auch die westlichen Demokratien. Zu den Fragen, die in der derzeitigen gesellschaftlichen Transformationsphase aufgeworfen werden, gehört die nach der Aufrechterhaltung positiver Werte und nomischer Einstellungen zu den politischen Institutionen. Die Menschen als im anthropologischen Sinne instinktgeschwächte *"Mängelwesen"* (*Gehlen* 1993) benötigen soziale Einrichtungen, Regelmäßigkeiten und Glaubensbestände, um ihr Kulturniveau und den wirtschaftlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. In diesem Kontext begegnet uns der vieldeutig verwendete Begriff *Institution*, den wir hier in einem weiteren Sinn gebrauchen wollen: ".. ein vielen Zielen dienliches soziales Handlungs- und Beziehungsmuster, z.B. ein Betrieb." (*Clausen* 1988: 165). Daß dabei eine Bedeutungssnähe von "Institution" und "Organisation" impliziert wird (vgl. *Lepsius* 1995), soll hier akzeptiert werden, weil wir im Grunde eine empirische Untersuchung und keine Arbeit auf dem Gebiet der der "reinen" oder "angewandten Soziologie" (*Tönnies*; vgl. zu dieser Differenzierung: *Terwey* 1981) beabsichtigen.

Unsere Gesellschaft ist bei der Ausbildung von Institutionen durch eine längere Phase der okzidentalen Rationalisierung und "Entzauberung" gegangen, die sich gegenwärtig noch fortsetzt (vgl. *Weber* 1993; *Jagodzinski* und *Dobbelaere* 1993; *Casanova* 1994; *Terwey* 1996a). In Zusammenhang mit der verstärkten Individualisierung und gesellschaftlichen Fragmentarisierung ist auch von einer reduzierten Akzeptanzneigung und einer verstär-kten Kritikbereitschaft gesprochen worden. Man kann sagen, daß die alten *"Integrationsideologien"* (kirchliche Religion, Sozialismus, Glauben an den in die freie Marktwirtschaft eingebundenen, sicheren Sozialstaat) zur Zeit deutlich an Anhängerschaft verlieren. Neue gleichgewichtige "Integrationsideologien" für eine sich zunehmend partikularisierende Gesellschaft sind in den Augen vieler Beobachter noch nicht gefunden. Die ökologische Bewegung bringt zwar eine "neue" mögliche Integrationsideologie, diese dominiert aber insbesondere angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der Etat-Engpässe momentan nicht die Wahrnehmungen der dringendsten politischen Probleme.

In dieser Schwächephase alter Integrationsideologien thematisieren zahlreiche politische Diskurse die "Politikverdrossenheit" und ein perzipiertes Unvermögen demokratischer Organisationen. Private Bedürfnislagen der Bürger stehen in Konflikt mit einer durch Mittelknappheit restringierten staatlichen Handlungsfähigkeit. Die objektiven Zuwächse an weiteren sozialstaatlichen Leistungen bleiben insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Rezessi-onen oder Strukturveränderungen (Globalisierung) hinter den subjektiven Erwartungen zurück. Zur weiteren Begründung sozialpessimistischer Einstellungen werden in diesem Z-usammenhang vielfach ein auffälliger Gruppenegoismus, übertriebener Korporatismus, In-kompetenz der Funktionäre und sogar verdeckte Illegalitäten behauptet. Unzufriedenheit u-nd Mißtrauen gegenüber Institutionen werden oft durch krisenbedingte Erfahrungen geför-dert und dann zusätzlich durch mehr oder weniger begründete *Medienberichte* verstärkt: "Bad news is good news. ... Fed with a

constant diet of bad news the mood of the postmodern world is one of cynism, distrust, alienation and withdrawal into ... individualism" (*Kaase* und *Newton* 1995: 30). Aufgrund der von diversen Medien geförderten "neuen Informiertheit" geraten weite Bevölkerungskreise in Zweifel daran, ob die gesellschaftspolitischen Institutionen und Akteure den Herausforderungen der globalen Änderung unserer (Um-)Welt gerecht werden können. Andererseits ist eine positive Kontrollfunktion freier Medienaktivität unter den gegenwärtigen Bedingungen demokratischen Handelns zu postulieren (*Döring* 1990, 1992).

Um die gegenwärtige "Politikverdrossenheit" besser einzuschätzen, zeigen wir nachfolgend zunächst Analysen von *Demokratiezufriedenheit*. Diese Bewertungen interpretieren wir als einen Ausdruck *diffuser politischer Unterstützung* (vgl. *Easton* 1975, 1979; *Fuchs* 1987; *Westle* 1989, 1992). Analytisch gesehen, gehören zum Fundament des demokratischen Systems die "politische Gemeinschaft" und das "politische Regime", soweit diese zumindest als Ideale oder Normaltypen (*Tönnies*; vgl. zur Begrifflichkeit *Terwey* 1981) um ihrer selbst willen unterstützt und konsolidiert werden können (vgl. *Fuchs* 1987: 358).

Trometer und *Mohler* (1994: 37) ziehen zur Kennzeichnung politischer Unterstützung als Übersetzung für das englische "diffuse" bei *Easton* den fachsprachlichen Begriff "diffundiert" (lat.: diffundere - ausströmen) vor, wodurch die im Wort "diffus" anklingende Konnotationen des unklaren, im negativen Sinne Unorientierten oder schlecht Artikulierten verringert werden können. *Trometer* und *Mohler* geben in dieser Hinsicht eine bedenkens-werte Anregung, dennoch sei hier die bereits gebräuchliche Übersetzung "diffuse Unterstützung" beibehalten, um damit ein "reservoir of favorable attitudes", "generalized attachment" etc. im engeren Sinne der *Easton*-Tradition zu benennen (vgl. die Darstellung der Bedeutungsvielfalt bei *Easton* 1975: 444 - 446). Eine leichte Vereinfachung von Ausdruck und Begriff wird von uns aber hier nachfolgend durch die Einführung des Terminus *"generalisierte Unterstützung"* ausgedrückt. Das von *Easton* skizzierte System übersteigt mit seiner begrifflichen Komplexität teilweise die Möglichkeiten des mit Surveys ohne weiteres Erforschbaren. *Easton* selbst war sich dieser Schwierigkeit zumindest bewußt, beließ es aber in dieser Hinsicht zunächst bei einer Aufforderung an die Zukunft: "It could easily be that research using items such as these" .. trust/cynism scale .. "does not really test attitudes toward basic roles. ... these findings should not compel us to believe that trust is largely a mode of specific support. ... The task of research is to provide the ingenuity for discovering appropriate measures for theoretically significant, even if at times subtle, distinctions." (*Easton* 1975: 450)

Auf die Analysen zur generellen Demokratiezufriedenheit folgt hier später eine nach verschiedenen politischen Einrichtungen spezifizierte Beschreibung von *Institutionenvertrauen*. Wir können bei den Indikatoren für Institutionenvertrauen, die gegenüber der allgemeinen Demokratiezufriedenheit weiter zugespitzt sind, auch von *spezifisch-generalisierter*

Unterstützung sprechen und damit terminologisch an die Ausarbeitung über diffuse Unterstützung von *Westle* (1989: 196 f.) anknüpfen. Diese Autorin differenziert aber in ihrer sehr ausführlichen Diskussion von Grundkonzept und Operationalisierungen noch feiner, als es hier beabsichtigt ist. Einerseits entspringt generalisierte oder fundamentale politische Unterstützung seitens der Bürger und Bürgerinnen dem Glauben, das demokratische System entspreche den eigenen moralischen Wertpräferenzen, so daß der Eindruck einer positiven *politischen Gemeinschaft* entsteht; andererseits beruht die jeweils zu gewinnende spezifische Unterstützungskomponente auf der generalisierten Bewertung diverser politischer Outputs und Leistungen von Akteuren oder Institutionen (outputs as regulators of specific support (*Easton* 1979)). Die Verbindung aus grundlegender Gemeinschaftlichkeit mit der Unterstützung des faktischen politischen Regimes ist von weitreichender Bedeutung als Basiselement einer "civic culture" (*Almond* und *Verba* 1963) und des gesamtgesellschaftlichen Konsensus.

Westeuropa: Demokratie- und Selbstzufriedenheit im Wandel

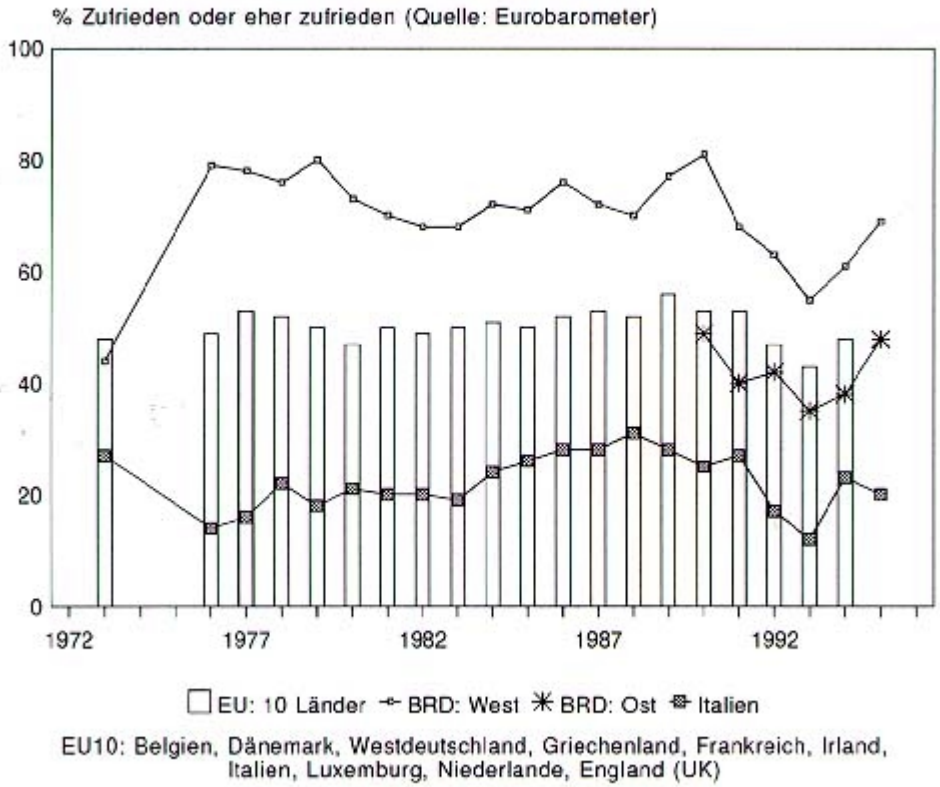
In diesem Abschnitt wird Demokratiezufriedenheit als Ausdruck generalisierter politischer Unterstützung in einigen westeuropäischen Nationen untersucht, welche bereits seit längerem der Europäischen Gemeinschaft (EWG, EG bzw. EU) angehören: *"On the whole are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works (in your country)?" (**Inglehart et al**. 1994-95: 3)*[1] Sie weist seit 1973 zwei moderate Gipfel auf: 1977 und 1989. Der im Gesamtdurchschnitt deutlichste Zufriedenheitsrückgang ist dann in der Eurobarometer-Zeitreihe nach 1989 festzustellen. Seit dem Tiefpunkt von 1993 scheint sich aber insgesamt eine positive Trendwende anzudeuten, was auch in manchen neueren Arbeiten noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Über den Balken für Demokratiezufriedenheit in der 10er EU sind als Linie entsprechende Prozentsätze für *Westdeutschland* (alte Bundesländer) abzulesen. Diese Entwicklungslinie

[1] Dargestellt wird in Schaubild 1 zunächst die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Demokratie in 10 Ländern der Europäischen Union (vgl. Balkenteil des Diagramms). Eurobarometer werden mit einem flexiblen Replikationsschema in der Regel zweimal im Jahr erhoben. So weit möglich, wurden die Frühlings- und Herbsterhebungen hier jeweils zusammengefaßt, um kurzfristige Periodeneffekte in der Darstellung zu minimieren. Die Fallzahlen liegen pro Land und Erhebung überwiegend bei ca. 1000. Die EU-Berechnungen beschränken sich hier zunächst auf die zehn in der Legende zum Schaubild genannten Länder, um die Beeinflussung der Prozentwerte durch die später neu aufgenommenen Länder zu beschränken. Bei den multivariaten Analysen werden wir die Untersuchungen noch weiter auf diejenigen acht Länder eingrenzen, die während des gesamten Untersuchungszeitraums an dem Erhebungsprogramm beteiligt waren.

liegt durchweg deutlich höher als die EU-Durchschnitte. Im Zeitraum 1990 bis 1993 ergeben sich für Westdeutschland stärkere Abnahmen der Demokratiezufriedenheit als sie für die 10er EU resultieren. Wir sehen hier vermutlich die Belastungsauswirkungen der deutschen Vereinigung, die Deutschland *innerhalb* einer Nation verkraften muß, während andere postsozialistische Gesellschaften für sich eigene Nationen gebildet haben. Immerhin ist sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland nach 1993 zunächst von einem erneut zunehmenden Unterstützungsreservoir auszugehen. Für 1995 wird von Berger et al.(1995:29) ebenfalls ein erneutes Anwachsen der Demokratiezufriedenheit hervorgehoben.[2]

Schaubild 1: Allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie im Lande



EU10: Belgien, Dänemark, Westdeutschland, Griechenland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, England (UK)

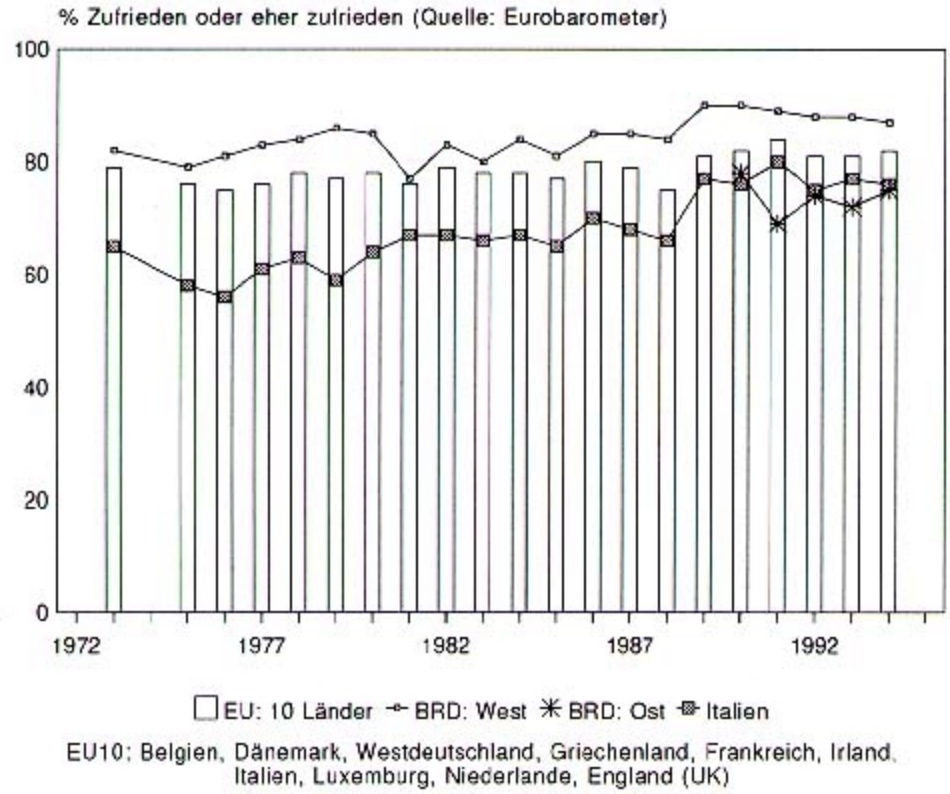
2 ***Westle*** (1994: 580) berichtet ihrerseits bereits gemäß Daten aus dem Jahr 1992 (Surveytitel: Wohlfahrtsansprüche) und 1993 (Surveytitel: Politische Kulturen im geeinten Deutschland) interessanterweise einen Zuwachs an Zustimmung zur *Idee der Demokratie* in Ost- und Westdeutschland. Die von ***Westle*** (1994: 581) ebenfalls herangezogenen Angaben zur Demokratiezufriedenheit deuten analog zu unseren Ergebnisse bis 1993 auf eine Abnahme politischer Unterstützung. Die dabei ggfs. zu berücksichtigende Problematik eines unreflektierten Vergleichs von Datensätzen aus verschiedenen Erhebungsprogrammen wird von der Autorin relativ ausführlich angesprochen (***Westle*** 1994: 580).

Deutlich niedriger und knapp unter den EU-Durchschnitten liegen die Anteile von Demokratiezufriedenheit in den neuen Bundesländern. Besonders selten sind positive Demokratiebewertungen aber in Italien, was zumindest teilweise aus der oft beklagten mangelhaften demokratischen Struktur, der Dominanz politischer Maschinerie und dem Klientelismus in Italien resultiert (vgl. ***Fix*** 1995; ***Belligni*** 1995). Bereits ***Almond*** und ***Verba*** (1963) stellten für Italien der Rekonstruktionsphase politischer Kultur nach dem Zweiten Weltkrieg Schwächen in der von Befragten artikulierten politischen Unterstützung fest. Ähnlich wurde in dieser Hinsicht derzeit aber auch Deutschland eingestuft, während die USA und England sich in vieler Hinsicht durch positivere Aspekte in der "civic culture" auszeichneten. Auch *Döring* (1992: 136 ff.) referiert bei seiner Untersuchung von Daten aus dem "World Value Survey" (1981-83) noch Gruppenbildungen, bei denen u.a. Italien und Deutschland neben Spanien und Irland einen Gegensatz zu England in Verein mit Belgien, Dänemark, Norwegen sowie Schweden bilden. Dabei wird mit einer Faktorenanalyse ein Gegensatz zwischen "established order" und "civil society" errechnet und inhaltlich diskutiert.

Um 1978 und 1988 gab es, wie in Schaubild 1 dargestellt, moderate Steigerungen in der italienischen Zeitreihe. Der markante Einbruch in den Jahren 1992 und 1993 konnte nachfolgend wieder wett gemacht werden - ob der leichte Rückgang im Frühlings-Eurobarometer 1995 eine erneute längerfristige Trendwende oder nur eine *partielle* Rücknahme von Anfangseuphorie bezeichnet, bleibt abzuwarten. Zu der bislang aber noch auch für Italien feststellbaren positiven Entwicklung haben sicherlich die Änderung des Wahlrechts, die Reduktion der Dominanz von erstarrten Parteien und die Entstehung von neuen Bewegungsparteien beigetragen (vgl. *Fix* 1995 und *Belligni* 1995).

Vergleichen wir die ehemalige DDR mit anderen postsozialistischen Ländern, so müssen wir dort nach den von *Pickel* und *Pickel* (1996) referierten Ergebnissen aus den "Central and Eastern Eurobarometers" vielfach noch geringere Zufriedenheitsanteile vermuten. Diese weisen zudem bis 1994 (neuste Daten in der Untersuchung von Pickel und Pickel) überwiegend fallende Tendenzen auf. Dabei ist allerdings laut *Pickel* und *Pickel* (1996: 86) eine spezifizierende Umformulierung in Osteuropa nicht zu vernachlässigen ("On the whole, are you very satified ... with the way democracy is *developing* in your (country)?" - Hervorhebung MT). Nur Tschechien kommt 1994 noch auf 45% Zufriedene (*Pickel* und *Pickel* 1996: 87). "Schlußlichter" bei der Zufriedenheit mit der Demokratie-Entwicklung sind demgegenüber 1994 Bulgarien (4%), Rußland (8%) und Armenien (9%). Insbesondere die Einschätzungen der demokratischen Entwicklung in Rußland sind in Zusammenhang mit weiteren Nachrichten über das politische Geschehen in einem so wichtigen Staat besorgniserregend. Allerdings darf man hinzufügen, daß *Pickel* und *Pickel* (1996: 87) für 1993 noch 17% Zufriedene in Rußland referieren (1991: 18%; 1992: 13%), so daß ein erneutes Ansteigen der Zufriedenheit - etwa aufgrund von Befriedigungserfolgen in den südlichen Randterritorien - durchaus keine ungewöhnliche Fortsetzung der bislang noch schwankenden Meßwerte sein könnte.

Schaubild 2: Allgemeine Zufriedenheit mit eigener Lebensführung



Ein in vieler Hinsicht anderes Bild als bei der Demokratiebeurteilung resultiert, wenn die von den Befragten selbst geäußerte Zufriedenheit mit der eigenen Lebensführung analysiert wird: *"On the whole, are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the life you lead?"* (*Inglehart* et al. 1994-95: 2) Alles in allem, liegen in Schaubild 2 die Anteile positiver Bekundungen mit ca. 60 bis 90% deutlich höher als in Schaubild 1. Westdeutschland mit seinem hohen Bruttosozialprodukt pro Kopf übertrifft immer noch die Anteilswerte für die 10er EU, doch sind gegenüber der Demokratiezufriedenheit die Abstände zwischen den Ländern und die zeitreiheninternen Schwankungen deutlich verringert. Italien und die neuen deutschen Bundesländer liegen auf einem etwas niedrigeren gemeinsamen Niveau. Insgesamt weisen die Anteile der Zufriedenen in Italien und Westdeutschland bis 1993 sogar eine leicht steigende Tendenz auf. Ist die doch recht wichtige Bewertung der Demokratie weitgehend von der subjektiven Befindlichkeit abgekoppelt? Ist dies wieder ein Ausdruck von privatisierendem Individualismus oder Selbstzufriedenheit?

Demokratiezufriedenheit in Westeuropa: Ein multivariates Modell

Um diese und andere Fragen nach dem sozialen Hintergrund der differentiellen Demokratiebewertungen ansatzweise beantworten zu können, soll nachfolgend mit den kumulierten Eurobarometer-Daten (*Inglehart* et al. 1994-95) ein multivariates Modell für den Zeitraum 1973 bis 1992 geschätzt werden. Einige dabei angesprochene Fragen werden später mit Daten für das vereinigte Deutschland aufgegriffen und die ersten Antworten ergänzt.

Eine viel diskutierte These in der neueren politischen Soziologie ist die von der Ausbreitung *postmaterialistischer* Zielsetzungen. *Inglehart* (1971, 1977) geht bei seinen paradigmatischen Arbeiten über Postmaterialismus davon aus, daß infolge der großen Fortschritte des Wohlfahrtsstaats und der Wirtschaftsleistungen materielle Zielpräferenzen zugunsten postmaterieller Zielsetzungen an Bedeutung verloren haben. Ob es sich dabei auch um die Genese einer neuen stabilen Spannungslinie ("cleavage" im Sinne von *Lipset* und *Rokkan* 1967) handeln kann, ist zumindest deshalb noch umstritten, weil eine spezifische sozialstrukturelle Verankerung von Postmaterialismus bezweifelt wird. Ungeachtet der vielfältigen Kritik an dieser These über den "Wertewandel" (vgl. u.a. *Jagodzinski* 1984, 1986; *Thome* 1985; *Bürklin* et al. 1994), wird ein Anwachsen des "Postmaterialismus" in Westdeutschland für den Zeitraum 1974 bis 1990 zumindest oberflächlich bestätigt (*Gluchowski* und *Mnich* 1993; *Terwey* 1995). Allerdings ist in Westdeutschland nach der Vereinigung 1990 bis zum Jahr 1994 wiederum ein leichter Rückgang im Postmaterialismus zu verzeichnen (Berechnungen nach ALLBUS 1980-94). Dieser moderate Rückgang ist aufgrund der wirtschaftlichen Belastungen erklärbar, wenn man akzeptiert, daß Postmaterialismus erst auf einer Grundlage solider materieller Sicherheit entsteht und kurzfristig von Änderungen der Wirtschaftslage abhängig sein kann (vgl. u.a. *Terwey* 1995).

Postmaterialismus im Sinne von *Inglehart* (1971) bedeutet aber, das ist kaum kontrovers, auch gesteigerte Bereitschaft zu politischer Kritik und den damit verbundenen Wunsch, an der politischen Gestaltung beteiligt zu sein. In diesem Sinne können wir vermuten, daß Postmaterialisten vielen etablierten gesellschaftlichen Institutionen mit einer erhöhten kritischen Aufmerksamkeit und Kritikbereitschaft begegnen. Wenn es aber sozialstrukturelle Merkmale geben soll, die mit der Präferenz für postmaterialistische Zielsetzungen einhergehen, so sind dies gemäß der These vom "Wertewandel" nicht zuletzt die Merkmale Ausbildung und Alter (vgl. u.a. *Inglehart* 1971). Die schulische Bildung wird in den Eurobarometern als Alter, in dem die Befragten die Schule verließen, erfaßt. Dauer der Ausbildung hat sich insbesondere in Humankapitalanalysen und in Analysen sozialer Ungleichheit als brauchbare Proxy-Variable erwiesen (*Mincer* 1974; *Terwey* 1984, 1987). Das Schulabgangsalter wird jedoch hier in einem zweiten Schritt, in Anlehnung an Arbeiten von *Inglehart*, mit dem Merkmal "politisches

Interesse" zu einem Index der *kognitiven Mobilisierung zusammengefaßt.*[3] Durch steigende kognitive Fähigkeiten und Bereitschaft, politisch zu partizipieren, wird die demokratische Basis tiefgreifend verändert. Angehörige der kognitiv mobilisierten Bevölkerungskreise besitzen nach den implizierten Annahmen sowohl durch hohe Bildung eine Kompetenz zur Kritik als auch die Bereitschaft dazu, da sie sich auch durch ein hohes politisches Interesse auszeichnen.

Wie bereits kurz eingeführt, ist es in der politischen Soziologie heute noch umstritten, ob der Differenzierung zwischen Materialisten und Postmaterialisten der Status eines "Cleavage" im Sinne von *Lipset* und *Rokkan* (1967) zuerkannt werden kann. Die in der frühindustriellen Formationsphase politischer Systeme entstandenen Cleavages sind nach *Lipset* und *Rokkan* (1967: 35): "Center-periphery", "state-church", "land-industry" und "owner-worker". Insbesondere die religiöse bzw. konfessionelle Spannungslinie und die Klassenspannungslinie haben sich als "political cleavages" im Sinne von *Easton* (1979) auch in Deutschland relativ lange erhalten - zumindest bis in die Formationsphase der Bundesrepublik (*Pappi* und *Terwey* 1982; *Klingemann* 1985; *Kühnel* und *Terwey* 1990; *Wolf* 1996). In einem ähnlichen Sinne wie *Lipset* und *Rokkan* spricht *Easton* (1979: 234 ff.) von *"political cleavages"* (conflict among potential support groups), denen er die *"attitude cleavages"* (diversity of opinions, attitudes, or culture) ergänzend an die Seite stellt. Relevant werden "political cleavages" in Demokratien insbesondere dann, wenn *zwischen sozialstrukturellen Gruppen und Parteien einigermaßen stabile Koalitionen bestehen* (*Pappi* und *Terwey* 1982: 175).

Wir wollen in den folgenden Regressionsanalysen aber im engeren Sinne keine parteibezogenen "political cleavages" überprüfen, sondern übernehmen lediglich Anregungen über mögliche Zusammenhänge zwischen in der Cleavage-Forschungstradition bereits thematisierten sozialstrukturellen Gruppierungen und politischen Interessenlagen und übertragen diese ansatzweise auf die Analyse generalisierter politischer Unterstützung. Einige sozialstrukturell eingrenzbaren Milieus zeichnen sich unter Umständen auch heute noch durch interessen- oder weltbildgeleitete Unterschiede in der fundamentalen politischen Evaluation aus. Es sei in diesem Kontext nochmals daran erinnert, daß auch Antworten zur Demokratiezufriedenheit partiell von spezifischeren Output-Bewertungen abhängen, die Befragten selbst bei ihren Bewertungen also nicht immer analytisch "sauber" zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung trennen. Es bedarf jedoch mehrfacher oder

---

3 "This variable combines responses to .. 'Frequency of Political Discussion and ... Age R Left School', to form an indicator of an individual's potential to take an active role in the political process. Each variable was categorized into three groups so as to give each variable equal weight. The resulting index is a simple addition of the two variables scaled from 2-6 to 1-5 for simplicity. ... 1. Low Cognitive Mobilization .. 3. Medium Cognitive Mobilization .. 5. High Cognitive Mobilization." (***Inglehart*** et al. 1994-95: 37; eine kurze Darstellung der Beziehung von kognitiver Mobilisierung und "Wertewandel" in Deutschland gibt ***Bürklin*** 1994: 42-45)

tiefer Enttäuschungen bezüglich spezifischer Erwartungen, damit auch die generelleren Komponenten politischer Unterstützung bzw. die Basisbewertung der *politischen Gemeinschaft* und des *politischen Regimes* von spezifischen Outputs tangiert werden. Generalisierte Unterstützung ist somit stabiler als spezifische, sie kann aber auch perioden-spezifisch variieren, wie exemplarisch an der Entwicklung von Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland um 1982 gezeigt worden ist (Schaubild 3).

Im Gegensatz zur These von der Existenz sozialstruktureller Milieueinflüsse, ist andererseits für die scheinbar durch Vielfalt, Fluktuation und Individualismus geprägte postmoderne Gesellschaft die Erwartung formuliert worden, daß sozialstrukturelle Differenzierungen an Relevanz verlieren (vgl. u.a. *Beck* 1986; *Schnell* und *Kohler* 1995, aber auch die Unterstützung der These vom Fortbestehen zumindest einer religiösen Konfliktlinie in: *Wolf* 1996). Im ersten multivariaten Modell beschränken wir uns in dieser Hinsicht zunächst auf die Untersuchung von kirchlich-religiösen Strukturdifferenzen.

Wie in vielen international vergleichenden Untersuchungen haben die *nationalen Zugehörigkeiten einen besonderen Einfluß auch auf die Demokratiezufriedenheit.*[4] Dabei handelt es sich sicher nicht allein um Unterschiede zwischen den Einstellungen in der Bevölkerung als solchen, sondern auch um Differenzen in der Erhebung und den Erhebungsinstrumenten.Diese Differenzen sind teilweise sprachlich unvermeidlich. Weitere Unterschiede wären nur bei einem erheblichen Ausbau der für die Sozialforschung und Sozialberichterstattung verfügbaren Ressourcen zu reduzieren. Herausragende Bedeutung unter den acht EU-Ländern in Tabelle 1 hat Italien, das sich im Gesamtüberblick auch in der multiplen Regression als ein Land mit relativ hoher politischer Unzufriedenheit erweist. Daneben zeichnen sich Frankreich und nach multivariater Kontrolle auch England im Schnitt durch niedrigere Demokratiezufriedenheit aus als Westdeutschland(statistische Referenzkategorie).[5] Alter und Geschlecht sind als demographische Merkmale zwar noch formal signifikant, die bivariaten Korrelationen und die beta-Koeffizienten sind jedoch ziemlich gering. Frauen und jüngere Menschen tendieren im Schnitt zu einer etwas kritischeren Demokratiebeurteilung.

---

4 Daten in Tabelle 1 wurden mit dem "Europagewicht", das dem kumulierten Eurobarometer-Datensatz bereits beigefügt ist, gewichtet. Dieses Gewicht setzt primär die einzelnen Samples in eine den Bevölkerungsanteilen entsprechende Relation. Ansonsten würde beispielsweise Irland mit der gleichen Fallzahl in die Analysen eingehen wie Westdeutschland, was die tatsächlichen Bevölkerungsrelationen in Europa nicht abbilden würde.

5 Da die abhängige Variable "Demokratiezufriedenheit" hier nur vier Kategorien hat, sollten wir bei der Ergebnisinterpretation nicht zu weitreichende Anforderungen stellen. Bei den standardisierten Koeffizienten beispielsweise dürften in der Regel keine vergleichbar hohen Werte erreicht werden wie bei einer differenzierten y-Variable und guten Prädiktoren. In der später nachfolgenden Analyse der Demokratiezufriedenheit in Deutschland können wir eine sechsstufige Skala verwenden und erhalten u.a. einen höheren R-Koeffizienten. Ergänzend durchgeführte logistische Regressionen mit den Eurobarometer-Daten, bei denen die Angaben zur Demokratiezufriedenheit dichotomisiert wurde, führen in den Grundzügen zu ähnlichen Ergebnissen wie in Tabelle 1.

Neben demographischen Basismerkmalen sind in den Gesellschaftswissenschaften eine Reihe Einstellungen und Werthaltungen hervorgehoben worden, welche die politischen Landschaften westlicher Gesellschaften mitgestaltet haben (attitudinal cleavages (*Easton* 1979: 236)). Als allgemeines Ausdrucksmedium einer ideologischen Grundeinstellung ist die *Links-Rechts-Selbsteinstufung* der Befragten anzusehen (vgl. u.a. *Fuchs* und *Kühnel* 1990; *Kühnel* und *Terwey* 1990). Im europäischen Kulturkreis besteht weiterhin die Tendenz, unterschiedliche Positionen in Streitfragen aus dem Bereich des materiellen Verteilungs- und Klassenkonflikts auf der Rechts-Links-Dimension einzuordnen. Daneben werden aber auch Stellungnahmen zu einigen anderen politischen Fragen als "links" bzw. "rechts" etikettiert. Trotz oder gerade wegen dieser thematischen Flexibilität können die meisten Wähler sich selbst im Links-Rechts-Schema einordnen. Hinsichtlich der ideologischen Basispositionierung sind es in Tabelle 1 eher die sich als links verstehenden Personen, welche zur Unzufriedenheit neigen.

Ein ergänzender Indikator zur Beschreibung der gesellschaftlichen Grundeinstellung ist die Frage, ob die soziale Ordnung durch Revolution radikal verändert, graduell reformiert oder rigide verteidigt werden sollte: (1) The entire way our society is organized must be radically changed by revolutionary action (2) Our society must be gradully improved by reforms (3) Our society must be valiantly defended against all subversive forces.(**Inglehart** et al. 1994-95:4) Interessant sind hier zunächst die Befragten, die mit (1) „revolutionär“ oder (3) „sehr konservativ“ geantwortet haben[6]. Die Ergebnisse unterstreichen die kritische Haltung von Befürworten einer revolutionären Veränderung; während die Konservativen, welche die Gesellschaftsordnung gegen Umsturz verteidigen wollen, sogar noch etwas zufriedener sind als die Vertreter von Verbesserungen durch schrittweise Reformen. Einen weiteren Einfluss stellen wir bei dieser Analyse für den Postmaterialismus nach Inglehart und – etwas moderater – für die kognitive Mobilisierung fest. Sehr stark ist aber schließlich als Prädiktor die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben, so daß man grundsätzlich nicht davon ausgehen kann, daß die Befragten bei der Evaluation ihrer individuellen Befindlichkeit gar nicht berücksichtigen, wie es mit der Demokratie in ihrer Perzeption aussieht.

[6] Diese Kategorien wurden in Dummy-Variablen umgesetzt, um zu sehen, inwieweit Personen mit dem Wunsch nach revolutionärem Umsturz und solche mit einem starken Konservativismus gegenüber den gemäßigten Reformern unzufriedener sind.

Tabelle 1: Erklärung von Demokratiezufriedenheit in Westeuropa mit Ländervariablen,Basisdemographie, persönlichen politischen Prioritäten, Kirchlichkeit und Zeitvariablen (8er EU; mit Europagewicht gewichtete Samplegrößen; Eurobarometer 1973 und 1976 bis 1992; positives Vorzeichen bedeutet eine Schätzung höherer Zufriedenheit)

	r	b	beta	t	p
Belgien	.01	-.293	--.07	-20.714	.0000
Irland	.01	-.326	-.04	-13.458	.0000
England (UK)	.05	-.250	-.12	-31.7 43	.0000
Niederlande	.06	-.188	- .05	-15.165	.0000
Dänemark	.05	-.151	-.02	-8.037	.0000
Frankreich	-.04	-.279	-.13	-33.640	.0000
Italien	-.32	-.736	- .36	-85.586	.0000
Geschlecht: Mann	.01	.029	.02	5.619	.0000
Alter / 100	-.03	-.079	-.02	-5.379	.0000
Links (1) - Rechts (10)	.19	.025	.06	19.638	.0000
Revolution ist nötig	-.18	-.389	-.11	-35.090	.0000
Gegen Subversion verteidigen	.12	.050	.03	8.810	.0000
Postmaterialismus (dreistufig)	-.02	-.049	-.04	-11.681	.0000
Kognitive Mobilisierung	.02	-.133	-.02	-5.334	.0000
Eigene Lebenszufriedenheit	.34	.293	.26	83.305	.0000
Protestanten	.17	.081	.04	9.551	.0000
Katholiken	-.12	.062	.04	8.118	.0000
Orthodoxe	.03	.158	.01	3.669	.0002
Non-Konformistisch Freie	.01	.048	.01	1.667	.0954
Reformierte	.02	.049	.01	1.829	.0675
Jährliche Kirchgangshäufigkeit /100	-.00	.103	.03	8.867	.0000
Erhebungsjahr / 100	.05	.596	.04	4.150	.0000
Periode: 1973-76	-.06	-.078	.03	-3.204	.0014
Periode: 1977-80	-.00	.050	.02	2.756	.0058
Periode: 1981-89	.02	.037	.02	3.585	.0003
Konstante		2.226		17.061	.0000
		R = .49		R^2 = .24	

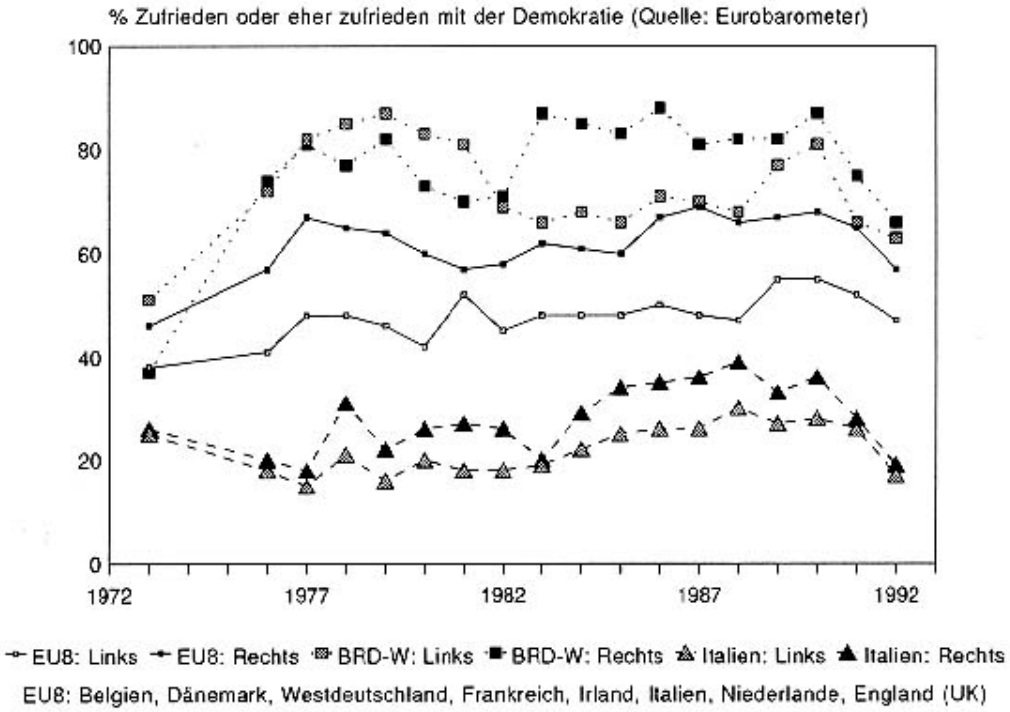
Es folgen in Tabelle 1 eine Reihe von Indikatoren zur Beschreibung der *Konfessionalität* und die *Kirchgangshäufigkeit* als Proxy-Variable für die Stärke der kirchlichen Integration. Ein Teil der bivariat feststellbaren Korrelationen für Kirchlichkeit wird vermutlich bei multivariater Kontrolle durch die Länderzugehörigkeit und andere allgemeine Einstellungen aufgehoben. Als statistisch noch einigermaßen relevant sind in diesem Modell die Zugehörig-

keit zu einer der beiden großen Konfessionen und zumindest multivariat die Kirchgangshäufigkeit anzusehen. Wir können also nicht von einer völligen Irrelevanz der kirchlichen Organisiertheit für die Akzeptanz bestehender Demokratie ausgehen. Die in dem Modell feststellbaren Zusammenhänge sind in dieser Hinsicht aber nicht sehr stark, und die eher kritische Haltung von Katholiken, die sich bivariat mit einer Korrelation von -.12 zum Ausdruck andeutet, ist in erster Linie auf Italien zurückzuführen. Bei Kontrolle der übrigen Variablen dreht sich das Vorzeichen um, so daß Katholiken im Schnitt etwas zufriedener als Konfessionslose sind.

Abschließend sind in Tabelle 1 einige zeitbezogene Prädiktoren aufgeführt, die aber nicht sehr stark sind. Insgesamt wird auch in der Regression eine wenigstens schwache Tendenz geschätzt, daß *Demokratiezufriedenheit im Laufe der Zeit zugenommen hat.* Non-Linearitäten werden zusätzlich über die Dummies für Perioden erfaßt. Demzufolge ergibt sich im ersten Zeitraum 1973 bis 1976 eine schwache Abnahme der geschätzten Zufriedenheit, gefolgt von positiven Koefizienten für 1977 bis 1989 die somit vom Zeitraum 1990 bis 1992 (Referenzkategorie) geringfügig abweichen. Somit resultiert bei insgesamt abnehmender Unzufriedenheit ein Verlauf, der ein wenig einem umgekehrten U gleicht. Berücksichtigen wir, daß nach 1992 noch weiter wachsende Anteile von zufriedenen Personen festzustellen sind (vgl. Schaubild 1), bestätigt sich bis 1994 der Eindruck einer im EU-Kontext geringfügig wachsenden politischen Unterstützung.

Darüber hinaus sind noch weitere Detailanalysen denkbar, die wir aber u.a. wegen des beschränkten Raums für weitere Darstellungen nicht in der multivariaten Regression zusätzlich modellieren wollen. Dabei handelt es sich auch um mögliche Besonderheiten in periodenspezifischen Verläufen. Schaubild 3 gibt ein Beispiel für einen solchen Vorgang. Überwiegend sind in dem hier untersuchten EU-Bereich Befragte mit einer rechten Selbstpositionierung eher als zufriedene Demokraten einzustufen (s.o.). Zumindest während der 70er und der frühen 80er Jahren resultierte in Westdeutschland eine etwas abweichende Relation, die mit der sozial-liberalen Regierungskoalition in Zusammenhang zu bringen ist (siehe Schaubild 3). Danach zeigen sich Verschiebungen, die zu einer Zeit stattfanden, als wachsende Bevölkerungskreise an der (wirtschaftspolitischen) Kompetenz ihrer Regierung zu zweifeln begannen (*Kühnel* und *Terwey* 1990; *Terwey* 1990). Vor der Ablösung der sozial-liberalen Koalition durch eine christ-liberale Regierung (1982) waren es noch die sich eher "links" Einstufenden, die etwas höhere Prozentsätze an Demokratiezufriedenheit äußerten; später glich sich dieses Verhältnis der sonst in einigen anderen EU-Ländern vorwiegenden Relation an, indem mehr politisch "Rechte" eine positive Haltung zur Demokratie bekannten.

Schaubild 3: Zufriedenheit mit der Demokratie: Links vs. Rechts in acht Ländern insgesamt, Italien und Westdeutschland



Demokratiezufriedenheit im vereinten Deutschland

Die Untersuchungsergebnisse zur Demokratiebewertung in Ländern Westeuropas sollen nachfolgend durch eine gesonderte Analyse der Demokratiezufriedenheit für Deutschland ergänzt werden. Wir können zu diesem Zweck auf die ALLBUS-Erhebungen 1988, 1991 und 1992 zurückgreifen, wobei hauptsächlich die Lage von 1992 thematisiert wird. Wir nähern uns, wie wir bereits aus den oben präsentierten Zeitreihen der deutschen Eurobarometer ableiten können, in diesem Jahr zumindest vorläufig einem Tiefpunkt dieser politischen Bewertungen in Deutschland. Tatsächlich ist auch nach ALLBUS-Daten seit 1988 in den alten Bundesländern eine starke Abnahme der positiven Demokratiebeurteilungen zu verzeichnen (Tabelle 2). In den neuen Bundesländern ist der Trend mindestens ebenso negativ, doch ist dort bereits das Ausgangsniveau (1991) noch um einiges ungünstiger als in Westdeutschland. Ähnlich ist der Trendbefund bei der ALLBUS-Erhebung einer Funktionsbewertung des *politischen Systems* seitens der Befragten (*Trometer* und *Mohler* 1994: 26 f.; kumulierter ALLBUS 1980-94).

Tabelle 2: Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland (eigene Berechnungen nach ALLBUS)

		West: 1988	West: 1991	West: 1992	Ost: 1991	Ost: 1992
		%	%	%	%	%
(1) Sehr zufrieden	17,1	13,1	7,9	2,8	1,8	
(2) Ziemlich zufrieden	51,6	52,6	40,0	30,3	17,6	
(3) Etwas zufrieden		17,2	16,7	20,1	28,7	28,2
(4) Etwas unzufrieden	8,8	11,3	18,2	20,0	25,2	
(5) Ziemlich unzufrieden	4,2	4,5	10,6	13,8	19,1	
(6) Sehr unzufrieden	0,9	1,7	3,1	4,3	8,1	
Median	2,13	2,20	2,60	3,09	3,58	

Welche Gruppen waren nun 1992 - zu einem Zeitpunkt reduzierter politischer Unterstützung - besonders kritisch eingestellt? Welche sonstigen Einstellungen und Werthaltungen gingen mit einer schwachen politischen Akzeptanz einher? Mit der Beantwortung solcher Fragestellungen kommen wir hier wenigstens ansatzweise einem Desiderat entgegen, das *Pollack* (1996: 415) in einer zusammenfassenden Rezension zur Transformationsforschung formuliert: "Die Behandlung der Situation von besonderen Gruppen wie Jugendlichen, Frauen oder älteren Menschen" .. ist .. "in der Kölner Zeitschrift, der Zeitschrift für Soziologie und der Sozialen Welt unterrepräsentiert."

In der folgenden zweiten multiplen Regression können wir den Satz der verwendeten Prädiktoren stellenweise noch erweitern, müssen aber auf die in den Eurobarometern vorhandene kognitive Mobilisierung und die spezifische Einstellung für oder gegen Revolution verzichten, weil im ALLBUS keine streng vergleichbaren Indikatoren vorliegen. Zusätzlich kann mit ALLBUS ein weiteres in der Politikwissenschaft oft thematisiertes Strukturmerkmal untersucht werden, die *Klassenlage*[7]. Wenn aber entgegen der heute prononcierten Pluralisierung von Lebenslagen der Klassencleavage noch bestehen sollte, können wir zunächst erwarten, daß Arbeiter,gehobene Arbeitnehmer und Selbständige divergierende In-

7 Wir sprechen hier nicht primär von Klassen im Sinne einer marxistischen Klassenanalyse, insofern diese auf einer bestimmten Wert- oder Produktionsthese beruhen. Im letzteren Sinne ist früher beispielsweise prononciert von ***Wright*** (1979) eine "theoretische" Unterstützung seiner Klasseneinteilung behauptet worden, wobei die ökonomisch-analytische Sichtweise auf die konkrete Gesellschaftsanalyse mit wenigen Bedenken übertragen wurde. Bezüge auf teilweise einfachere Gundlagenarbeiten wie die von ***Weber*** (1976), ***Geiger*** (1967) und ***Lenski*** (1973) reichen zur Bestimmung konkreter sozialer Klassen völlig aus. Statt Klassenlage könnten wir auch von einem direkt oder indirekt mit dem Erwerbsleben verknüpften Sozialmilieu sprechen, das hier über den *Einordnungsberuf* (***Pappi*** 1979) konstruiert wird. Zum Einsatz kommt eine vom Verfasser neu vorgeschlagene Einordnungslogik, die im Unterschied zu ***Pappi*** (1979) auch Frauen nach Möglichkeit eng an einen eigenen Beruf anlehnt. Im Unterschied zu den sonst in der Politikwissenschaft oft verwendeten einfachen Dichotomien (vgl. zur Kritik ***Pappi*** und ***Terwey*** 1982) werden mehrere Strata unterschieden. Die verwendeten Gruppierungen werden in ***Terwey*** (1987, 1990) näher erläutert.

teressenlagen und politische Affinitäten haben, welche sich auch in den aktuellen Demokratiebewertungen niederschlagen. Diese differentiellen Affinitäten sollten insbesondere dann gelten, wenn solche Parteien die Politik prägen, die in ihrer Programmatik noch gelegentlich an "Klassenlagenunterschiede" anknüpfen (in Deutschland zunächst CDU/CSU, SPD, FDP und PDS; vgl. u.a. die Überlegungen in *Pappi* 1986).

Wie bereits kurz angesprochen wurde, ist bei besser Ausgebildeten von einer verringerten *Akzeptanz* überkommener gesellschaftlicher Einrichtungen auszugehen, wenn durch individuelle Qualifikation institutionelle Leistungsschwächen besser erkennbar werden. *Meulemann* (1985) spricht insbesondere auch von einem mit der Bildungsexpansion verknüpften Rückgang der Akzeptanz, womit er die Bereitschaft meint, vorgefundene Realitäten bereits aufgrund ihres Bestehens anzuerkennen. Bildung bedeutet nach *Meulemann* vermehrten Zugang zu rationalen Deutungen der Welt und des Lebens, die als Kritik traditioneller Angebote der Sinndeutung erdacht worden sind. *Döring* (1990) geht in eine ähnliche Richtung, wenn er nochmals die Querverbindung zwischen Bildung, "Entzauberung" (*Weber*) und Säkularisierung herstellt. Zunächst mag für die Auswirkungen von formaler Ausbildung und Bildungsexpansion angenommen werden, daß mit dem Erlangen einer höheren formalen Qualifikation die Akzeptanzbereitschaft und damit auch die Bereitschaft zu einer positiven Demokratiebewertung sinkt. Im Grunde gibt es aber auch eine Plausibilität für die entgegengesetzte Annahme. Als Alternativhypothese kann daher gelten: Besser Gebildete haben mehr Verständnis für die komplexen institutionellen Systeme einer leistungsorientierten Demokratie, und aus diesem Verständnis heraus honorieren sie das in ihren Augen positiv funktionierende demokratische System: Mit dem Erlangen einer höheren formalen Qualifikation steigt durch vermehrtes Verständnis und Fähigkeit zu eigener organisatorischer Partizipation die Akzeptanzbereitschaft und die politische Unterstützung.

Nicht zuletzt kann aber die Akzeptanz von tragenden sozialen Einrichtungen auch infolge wirtschaftlicher Unzufriedenheit geschwächt sein - eine Position, die bereits *Durkheim* (1960a) in einigen seiner Ausführungen zur Anomie vertrat (vgl. auch *Merton* 1957; *Klages* 1981; *Franz* 1985). Fraglich ist in dieser Hinsicht, welche Komponente eventueller wirtschaftlicher Unzufriedenheit ggfs. zu einer Verringerung politischer Unterstützung führt. Ist es eher eine übergreifende Befürchtung, die *allgemeine* wirtschaftliche Lage Deutschlands sei schlecht, oder ist es mehr die subjektiv perzipierte *persönliche* Wirtschaftslage, welche das Vertrauen beeinflußt? Beide Lageeinschätzungen stimmen nach vorliegenden Ergebnissen nur in Teilen der Bevölkerung überein: In einem großen Teil der Bevölkerung wird bereits bei Vorliegen mehr oder weniger vager Befürchtungen die allgemeine wirtschaftliche Lage gegenüber der eigenen als ungünstiger eingestuft, (vgl. auch *Terwey* 1990) wobei in diesem Zusammenhang auch von einer Angstlücke gesprochen wird.

Tabelle 3: Erklärung von Demokratiezufriedenheit in Deutschland 1992 (eigene Berechnungen nach ALLBUS mit Einsatz eines Ost-West-Gewichts, um das Oversample in den neuen Bundesländern zurückzunehmen; positives Vorzeichen bedeutet eine Schätzung höherer Zufriedenheit)

	r	b	beta	t	p
Klassenlage (strukturelles Sozialmilieu):					
Landwirte	.00	-.300	-.02	-1.550	.1212
Selbständige mit maximal 1 Angestellten	-.01	-	-	-	
Selbständige mit mehr als 1 Angestellten	.04	-	-	-	
Gehobene Angestellte und Beamte	.04	-	-	-	
Einfache Angestellte und Beamte	.03	-	-	-	
Gehobene Arbeiter	.01	-	-	-	
Katholiken	.09	-	-	-	
Protestanten	.06	-	-	-	
Evangelische Freikirchen	.03	-	-	-	
Kirchgangshäufigkeit	.14	-	-	-	
Alter	.04	-	-	-	
Geschlecht: Mann	.04	.088	.03	2.252	.0244
Ausbildung	.06	.226	.04	2.351	.0188
Subjektive Wirtschaftslageneinschätzung:					
Deutschland (5 = sehr schlecht)	-.26	-.190	-.11	-6.978	.0000
Befragter (5 = sehr schlecht)	-.28	-.123	-.08	-4.743	.0000
West-Ost-Split: West	.22	.687	.21	9.210	.0000
Unzufriedenheit mit Leistung der Landesregierung	-.40	-.160	-.15	-8.690	.0000
Unzufriedenheit mit Leistung der Bundesregierung	-.48	-.334	-.34	-17.306	.0000
Wahlabsicht:					
CDU/CSU	.20	.090	.03	1.610	.1076
FDP	.05	-	-	-	
Bündnis 90 / Die Grünen	-.05	-.126	-.03	-1.780	.0752
PDS	-.13	-.517	-.04	-2.811	.0050
Würde nicht wählen	-.13	-.276	-.06	-4.174	.0000
Subjektive Eigenbelastung durch Kernkraftwerke	.04	.048	.03	2.219	.0266
Man sollte weiter nach Stasi-Vergangenheit fragen	.06	.047	.04	2.688	.0072
Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee	-.21	-.086	-.07	-4.673	.0000
Links - Rechts (10)	.10	-.038	-.06	-3.370	.0008
West-Ost-Split * Materialismus	.17	-.062	-.07	-2.868	.0042
Konstante		1.156		7.565	.0000
		R = .59		R^2 = .35	

Zunächst ist festzustellen: Für die Bewertung der Demokratie in Deutschland ist 1992 die „Klassenlage“ oder das strukturelle Sozialmilieu multivariat irrelevant[8]U Am ehesten sind es multivariat noch Personen aus dem Milieu der Landwirte, wenn dieses als eigene Klassenlage verstanden wird, die öfter eine Tendenz zur Unzufriedenheit aufweisen. Auch Konfessionszugehörigkeit und Kirchgangshäufigkeit sind hier multivariat statistisch entbehrlich, wobei am ehesten die Kiechgangshäufigkeit mit einer Korrelation von 14 Aufmerksamkeit verdient. Zu sehr verallgemeinern sollten wir diese Falsifikation von Strukturhypothesen aber nicht, da wir vielleicht mit dem für politische Unterstützung doch recht kristischen Jahr 1992 eine von besonderen Umständen geprägte Periode abbilden.[9] Umfangreichere Untersuchungen von *Schnell* und *Kohler* (1995) unterstützen immerhin die Annahme, daß einige sozialstrukturelle Differenzierungen zur Zeit auf manchen Gebieten relativ wenig politische Relevanz aufweisen.

Gehen wir zu demographischen Merkmalen in Tabelle 3 über, so entfällt als Prädiktor im multivariaten Modell die sonst in vielen Untersuchungen relevante Altersvariable. Nur für das demographische Merkmal "Geschlecht" läßt sich eine geringfügige Tendenz der Frauen zur Unzufriedenheit feststellen. Besser Gebildete neigen bei der Demokratiezufriedenheit etwas häufiger zu einer positiven Bewertung.Dies ist in Vergleich zu einer Reihe von anderen Analysen politischer Einstellungen in Deutschland ein abweichendes Ergebnis,das aber auf dem Hintergrund der bereits skizzierten Alternativhypothese über Bildungseinflüsse möglicherweise verständlich sein kann. Positiv formuliert hieße das: Höher Gebildete können im Schnitt etwas besser das komplexe System der Demokratie allgemein und die dahinter stehende politische "Idee" verstehen-oder-sie fühlen sich eher als gut integrierter Teil

8 Signifikanzangaben werden hier - wie in den meisten sozialwissenschaftlichen Analysen - nicht im Sinne der klassischen Teststatistik aufgelistet, sondern als zusätzliche kritische Variablenbeurteilung im Sinne von ***Gold*** (1969). Die Voraussetzungen für Signifikanztests werden bei Survey-Analysen in der Regel verletzt (z.B. Zufallssample, Verteilungsannahmen, Meßniveau). Ansonsten wäre ggfs. ein kritisches Signifikanzniveau (alpha) von .01 oder ähnliches einzusetzen. Alle multivariaten Effekte, die in Tabelle 3 nicht ausgewiesen sind, haben einen noch größeren p-Wert als .1212. Die Effekte für Landwirte sowie Wahlabsicht für CDU/CSU oder Bündnis 90/Die Grünen werden noch aufgelistet, um anzudeuten, in welche Richtung eventuell noch am ehesten mit verläßlicheren Ergebnissen in dieser Hinsicht gerechnet werden kann. Der multiple Korrelationskoeffizient und andere Einzeleffekte werden dadurch nicht nennenswert tangiert. Im übrigen wurden hier ebenso wie bei der Regression in Tabelle 1 weitere Effekte für Non-Linearitäten und Interaktionen überprüft, die sich aber in den beiden hier präsentierten multivariaten Modellen mit einer Ausnahme (s.u.) als entbehrlich erwiesen. Noch differenziertere Ergebnisse sind mit nach Ost und West getrennten Regressionen möglich, doch wollen wir uns hier zunächst mit einer Analyse für Gesamtdeutschland begnügen.

9 Periodenspezifische Besonderheiten sind gelegentlich auch für die Beziehung zwischen "political cleavages" und politischen Einstellungen oder Wahlpräferenzen zu berücksichtigen. So ergab sich beispielsweise 1982 eine für derzeitige Verhältnisse relativ ungünstige Einschätzung der Wirtschaftslage in Deutschland (***Terwey*** 1990; EMNID 1995) und der diesbezüglichen Regierungskompetenzen. Daraus folgte selbst in sozialstrukturellen Milieus, die sich sonst durch eine überdurchschnittliche Wahlabsicht zugunsten der SPD auszeichneten, eine deutlich reduzierte Wahlabsicht für die SPD (***Kühnel*** und ***Terwey*** 1990). Auch bei der Untersuchung des Lernziels "Gehorsam" konnte in einer logistischen Regression auf die Klassenlagen als Prädiktor wegen statistischer Irrelevanz ganz verzichtet werden (***Terwey*** 1996: 108) - was auf dem Hintergrund einer Vielzahl von Thesen über klassen- oder milieuspezifischer Sozialisation hier vielleicht noch eine nachträgliche Anmerkung verdient.

der politischen Gemeinschaft im Sinne von *Easton*. Spezifischer an einzelne Institutionen oder Outputs (*Easton*) gebundene politische Unterstützung kann dagegen aufgrund der höheren konkreten Ansprüche an Akteure, Autoritäten und Organisationen bei Personen mit höherer Ausbildung niedriger sein. Es ist etwa beim Vertrauen in bestimmte konkretere Institutionen gerade bemerkenswert, daß besser Gebildete zumindest in Deutschland relativ oft zu verstärkter Kritik neigen (vgl. auch *Döring* 1992; *Berger* et al. 1995; *Terwey* und *Pollack* 1996). Advers ausgedrückt, könnte aber als Erklärung gelten: Wie bereits für den beruflichen Bereich beschrieben (u.a. von *Blossfeld* 1983), sehen sich nach der Bildungsexpansion die weiterhin formal gering Qualifizierten zunehmend mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt und sind daher auch mit der "politischen Gemeinschaft" und dem "demokratischen Regime" (*Easton)* unzufriedener[10]

Eine der Haupterwartungen an das politische System ist die Gewährleistung einer subjektiv zufriedenstellenden *wirtschaftlichen Ausgangsbasis*. Werden die materiellen Wünsche in ihrer Erfüllung als gefährdet gesehen, ist mit einer Schwächung der Bereitschaft zu sozialer Integration und politischer Unterstützung zu rechnen, wie bereits *Durkheim* in seiner Arbeit über den Selbstmord formulierte. Sowohl hinsichtlich der Perzeption der eigenen Wirtschaftslage als auch der Wirtschaftslage in der Bundesrepublik insgesamt wird nach den Ergebnissen in Tabelle 3 die Demokratieeinstellung signifikant beeinflußt. Diese Zusammenhänge fallen stärker aus als die bisher hier sonst angesprochenen. Ferner sind die Befragten in den neuen Bundesländern 1992 gerade weniger einverstanden mit dem Funktionieren der Demokratie, die ihnen doch eigentlich nach den eigenen Erfahrungen mit dem obrigkeitsstaatlichen Sozialismus als wohltuend erscheinen könnte. Die geringere Demokratiezufriedenheit im Osten kann aber vermutlich nicht allein durch subjektiv empfundene wirtschaftliche Defizite erklärt werden. Diese sind im multivariaten Modell bereits kontrolliert.

Die mit Abstand stärksten Erklärungsbeiträge leisten die *Zufriedenheiten mit der Bundesregierung und der Landesregierung*. Wie wir sehen, ist also die Demokratiezufriedenheit doch in besonderer Weise bestimmt von der bereits um einiges spezifischeren Evaluation der leitenden Akteure und Autoritäten, was inhaltlich auch naheliegend ist (siehe auch die oben bereits eingeführten kritischen Ausführungen zu einigen Erwartungen von *Easton* zu weitreichenden Differenzierungsmöglichkeiten zwischen generalisierter und spezifischerer politischer Unterstützung. Konsistent in diese Richtung weisen auch die jeweils geäußerten Wahlabsichten. CDU/CSU- und mit Einschränkungen auch FDP-Wähler bewerten als Anhänger der 1992 regierenden Parteien auch die Demokratie besser als SPD-Wähler oder Grüne. Um einiges geringer fällt die Akzeptanz unserer Demokratie unter denjenigen aus,

10 Jahresspezifische Analysen für Westdeutschland mit ALLBUS 1988, 1991 und 1992 ergeben, daß 1988 bivariat kein signifkanter Zusammenhang zwischen Ausbildung und Demokratiezufriedenheit bestand, daß nachfolgend dieser Zusammenhang 1991 auftrat und daß er 1992 noch moderat an Bedeutung gewann.

der PDS oder der Nichtwahl den Vorzug geben würden, so daß diese Gruppen sich auch hier als politisch gewissermaßen distanzierter erweisen.

Zusätzlich zur Wahlabsicht für Bündnis 90/Die Grünen wurden einige im ALLBUS enthaltene Fragen zur Perzeption allgemeiner und persönlicher Umweltbelastungen überprüft, um damit einer eventuellen Bedeutung ökologischer Issues für die Demokratiezufriedenheit wenigstens ansatzweise Rechnung zu tragen. Von diesen Fragen erwies sich aber nur die subjektiv empfundene, eigene Belastung durch Kernkraftwerke als moderater Prädiktor: Menschen, die selbst das Gefühl haben, durch Kernkraftwerke belastet zu sein, befürworten im Schnitt öfter das im demokratischen System gegebene Potential. Hier gilt es, am Rande festzuhalten, daß es nicht die oft als gravierender angegebenen Umweltbefürchtungen für die Allgemeinheit sind (vgl. *Wasmer* 1990; *Blasius* 1994), die eine Rolle spielen. Dieses Ergebnis soll hier aber primär als Anregung für künftige empirische Überprüfungen verstanden sein.

Einen geringfügig stärkeren Einfluß als die Einstellung zu den Kernkraftwerken hat ferner der Wunsch, weiter nach der Stasi-Vergangenheit zu recherchieren, der mäßig mit einer höheren Demokratiezufriedenheit korrespondiert. Konkurrierend zur Idee eines demokratischen Systems nach westlichem Muster ist auch heute noch in Ostdeutschland oft eine positive Bewertung der sozialistischen Idee anzutreffen: *"Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde"* (vgl. auch *Westle* 1992, 1994; *Terwey* 1992, 1996a). Ein subjektiv empfundener Mangel an bislang realisierter Umsetzung sozialistischer Ideale kann, wie wir sehen, mit einer geringeren Demokratiezufriedenheit korrelieren, ohne daß daraus sogleich zwangsläufig eine unter Umständen schwer verständliche Sehnsucht nach der Reetablierung des "alten Systems" gefolgert werden kann. Kausale Interpretationen sind auch hier nur mit Vorbehalt oder als vorläufige Reduktionen von Komplexität einsetzbar. *Pollack* (1996: 422) vermutet beispielsweise hinsichtlich der in Ostdeutschland noch öfter artikulierten Akzeptanz einer sozialistischen Idee, daß sich darin "eine Verarbeitungsform der teilweise erheblichen Kommunikationsprobleme zwischen Ost und West" darstelle.

Bivariat sind es schließlich auch eher politisch "rechts" orientierte Personen und "Materialisten" (*Inglehart*) in den alten Bundesländern *(Interaktionseffekt)*, welche sich mit dem Funktionieren der Demokratie einverstanden erklären. Multivariat kommt es dann jedoch für die Links-Rechts-Positionierung und den (Post-)Materialismus in Westdeutschland zu einem Vorzeichenwechsel, der auf dem Hintergrund der konkurrierenden Prädiktoren zu sehen ist. Wir fragen uns an dieser Stelle ja beispielsweise, welche Veränderungen in der Vorhersage der Demokratiezufriedenheit wir für eine weitere Stufe der Rechtseinstufung erwarten können, unter der Voraussetzung, daß positive oder negative Einstellungen zur Bundesregierung und den Regierungsparteien konstant gehalten werden.

Wie bereits bei einer Analyse der Bewertung sozialer Ungleichheit ausgeführt (*Terwey* 1995), ist der Postmaterialismus nach *Inglehart* in den neuen Bundesländern noch nicht in der gleichen Weise einzuschätzen wie in den alten. Die Menschen in Ostdeutschland sehen sich im Vergleich zu Westdeutschland noch nicht als Mitglieder einer Wohlstands-gesellschaft im Sinne von *Inglehart*. Dementsprechend wurde für die Postmaterialismus-Mater-ialismus-Variable ein Interaktionseffekt modelliert. Der Haupteffekt für (Post-)-Materialismus ist dagegen wegen einer geringeren Performanz im Modell entbehrlich. Im übrigen wurden, wie bereits kurz angesprochen, weitere Prädiktoren, Interaktionseffekte und einige Non-Linearitäten überprüft. Sie erwiesen sich hier aber nicht als relevant.

Vertrauensangaben als spezifischerer Ausdruck politischer Unterstützung

Die Analysen der Eurobarometer-Daten zeigen in den jüngsten vorliegenden Umfragen für Deutschland eine Aufmerksamkeit verdienende Zunahme positiver Demokratiebeur-teilungen. Die ALLBUS-Daten ergeben zumindest bis 1992 noch keine vergleichbare positive Wende. Im ALLBUS 1994 indizieren die Angaben zur Beurteilung des politischen Systems ebenfalls noch keine Zunahme genereller politischer Unterstützung (vgl. auch die bis 1993 reichenden Daten in *Westle* 1994). Auf die andererseits 1995 leicht gestiegene Demokratiezufriedenheit laut ipos-Daten haben wir weiter oben bereits kurz hingewiesen und wollen versuchen, das Ergebnis einer wenig stens vorläufig zu verzeichnenden Trend-wende mithilfe weiterer Daten zu konsolidieren. Es liegen aus verschiedenen Quellen Umfrageergebnisse zum Vertrauen in politische Institutionen vor. Bei diesen Indikatoren ist eine stärker spezifische Komponente impliziert, die auf die jeweils angesprochene Institution abzielt.

Den Ausführungen von *Pickel* und *Walz* (1995) sowie *Walz* (1996) folgend, gilt unsere Aufmerksamkeit zunächst den sogenannten *regierungspolitischen Institutionen* (Re-gierung, Parlament und Parteien). Die Einstellung zu solchen regierungspolitischen In-stitutionen ist von Periodeneffekten mitbeeinflußt, zu denen derzeit auch die Vereinigungs-folgen zu rechnen sind. Daneben gilt es aber ferner, einen Zyklus zu beachten, der aus den Legislaturperioden und den Wahlterminen resultiert (*Franz1985)*Jeweils in den Monaten vor den Wahlen nimmt die Zustimmung für latent favorisierte (Regierung-) Parteien (wieder) zu. Es gilt, weniger wichtige Unzufriedenheiten zurückzustellen und das „Übel“ einer künftigen Regierung durch noch viel „unfähigere“ Parteien und Politiker zu verhindern:“ Wir müssen nun alle Kräfte sammeln und Nebensächlichkeiten hintanstellen!“ usw. Ferner ist aber an dieser Stelle hinzuzufügen, dass sich die Akteure in regierungs-politischen Institutionen während dieser Phasen wahrscheinlich besonders stark bemühen, im Sinne der Wählerinnen und Wähler verschiedenen Problemanforderungen gerecht zu werden. Nach der Wahl springen dann weitere Sympathisanten ebenfalls auf den Zug der Gewin-

ner. Sind die Regierungen längere Zeit im Amt, sehen sie sich veranlaßt, hin und wieder von ihren eigenen Wählern als schmerzhaft empfundene Entsscheidungen zu treffen. Ihre Beliebtheit sinkt. Sie wird aber, wenn die politische Entwicklung nicht gar zu ungünstig ist, in der Mobilisierungsphase vor der nächsten Wahl wieder wachsen.[11] Einen für das Bundestagswahljahr 1994 auf diesem Hintergrund für regierungspolitische Institutionen trotz Politikverdrossenheit und ökonomischer Probleme prognostizierbaren Popularitätszuwachs können wir allein aus dem Vergleich ALLBUS 1984 und 1994 wegen der großen Zeitspanne vielleicht noch nicht falsifizieren. *Pickel* und *Walz* (1995) analysieren ihrerseits lediglich ipos-Zeitreihen bis zum Jahr 1993, während die Ergebnisse von *Walz* (1996) unseres Erachtens aufgrund der teilweise heterogenen Daten und Skalen stellenweise noch zu hinterfragen sind.

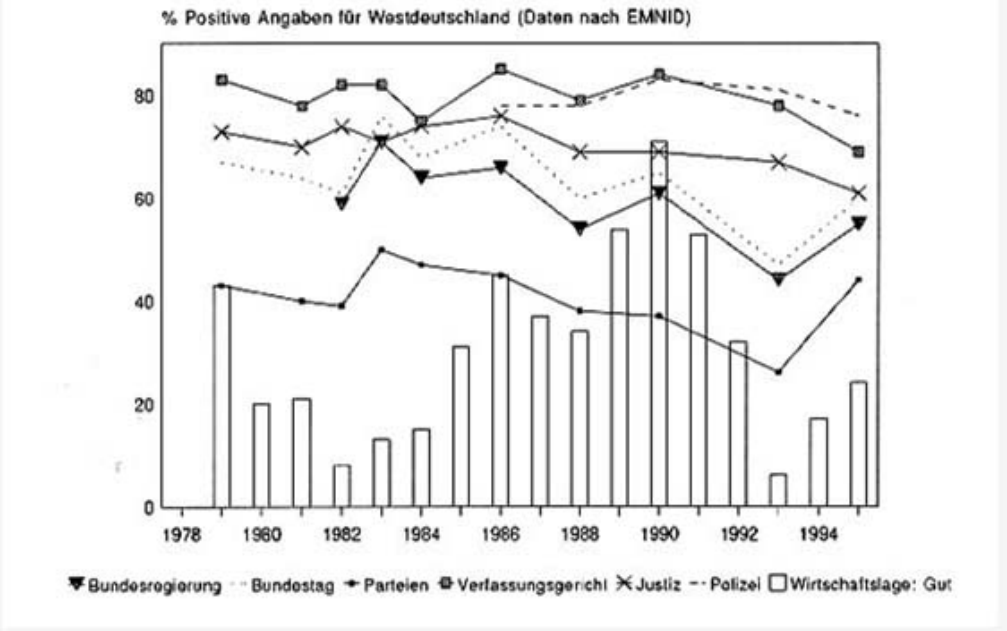
Gegenüber den regierungspolitischen Institutionen sind zumindest bis 1993 die von *Pickel* und *Walz* (1995) angeführten *Verwaltungsinstitutionen* (Verfassungsgericht, Polizei und Gerichte) in sehr viel geringerem Ausmaß von einem Vertrauensrückgang betroffen. Es handelt sich dabei wiederum um Analysen von ipos-Daten, die bei *Pickel* und *Walz* nur bis 1993 reichen konnten. Die ALLBUS-Daten aus dem Jahr 1994 deuten aber zumindest für das Bundesverfassungsgericht eine leichte Abnahme des Vertrauens in der Bevölkerung an, während die Polizei im Westen eine konstante Akzeptanzverbreitung verzeichnet. Die relativ stabile und starke Vertrauensbasis für Verwaltungsinstitutionen kann nach *Pickel* und *Walz*(1995:153) als ein hoffnungsstiftender Grundbefund gewertet werden, weil die Verwaltungsinstitutionen für eine langfristige positive Entwicklung der Demokratie von weitaus größerem Interesse seien als die stärker temporären Schwankungen ausgesetzten Parteien, Regierungen und Parlamente.[12]

---

11 Überlagert bzw. beeinflußt werden diese mit Wahlterminen verknüpften Popularitätskurven außerdem von den wirtschaftlichen Konjunkturschwankungen oder Krisen (***Kirchgässner*** 1977; ***Rattinger*** 1980, 1985; ***Franz*** 1985; ***Terwey*** 1990). Wirtschaftliches Wachstum, Marktwirtschaft und materielle Leistungshonorierung stehen in der westdeutschen Gesamtbevölkerung als Merkmale einer idealen Gesellschaft auf den oberen Plätzen bei den Antworten auf eine längere Abfrageliste (***Berger*** et al. 1995: 21 ff.). In Ostdeutschland wird Wirtschaftswachstum ebenfalls obenangesetzt, meritokratische Leistungsentlohnungen fallen in der Rangfolge von Merkmalen einer idealen Gesellschaft jedoch zurück (vgl. auch ***Terwey*** 1995).

12 Der Frage, ob wir uns mit der einfachen Feststellung dieser Relationen wirklich zufrieden geben können oder ob sich hier nicht eine Schwäche der "civic culture" gegenüber einem obrigkeitsorientierten "Rechtsstaat" andeutet, kann hier nur kurz als Problem genannt werden (vgl. ***Almond*** und ***Verba*** 1963: 218 - 227; ***Löwenhaupt*** 1993). Eine von den Bürgern unterstützte bzw. legitimierte Instititution (z.B. die Polizei) muß nicht unbedingt auch in dem Sinne demokratisch sein, daß sie unmittelbar von plebiszitären Wahlen abhängig ist.

Schaubild 4: Vertrauen in öffentliche Institutionen und subjektive Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage



Ziehen wir nun zunächst als weitere Datenquelle EMNID-Zeitreihen hinzu, so ergeben sich in Schaubild 4 nach 1993 für die Bundesregierung, den Bundestag und die Parteien gerade die stärksten Vertrauenszuwächse unter allen von EMNID untersuchten Institutionen (Polizei, Hochschulen, Schulen, Justiz, Bundeswehr, Gesundheitswesen, Rundfunk, Verfassungsschutz, Bundestag, Fernsehen, Städtische Behörden, Kirche, Bundes-regierung, Unternehmen, Zeitungswesen, Gewerkschaften, Parteien (EMNID 1995: 54)). Die "regierungspolitischen Institutionen" finden zwar im Vergleich zu anderen in der Vertrauensrangfolge immer noch relativ selten Vertrauen, doch ist 1995 der Zuwachs an spezifisch-generalisierter Unterstützung für diese Einrichtungen hervorzuheben.

Wie Schaubild 4 für die alten Bundesländer ferner entnommen werden kann, verzeichnen die von *Pickel* und *Walz* (1995) als demokratierelevant hervorgehobenen "Verwaltungs-institutionen" Bundesverfassungsgericht und Polizei häufiger positive Angaben als die regierungspolitischen, während die Justiz sich zumindest 1995 dem Bundestag annähert. Der 1995 für die "Verwaltungsinstitutionen" insgesamt angedeutete Vertrauensschwund könnte bemerkenswert sein, wenn gerade hier eine sonst stabile Basis unserer politischen Kultur gemutmaßt wird. Für das Bundesverfassungsgericht ist unter Umständen nicht allein das "Kruzifixurteil" als Erklärung des Vertrauensschwunds heranziehen, denn wie wir in Schaubild 4 sehen, sind auch die Polizei und Justiz von einem leicht negativen Trend nach 1990

betroffen. Glücklicherweise sind zusätzliche Vergleichsdaten erhoben worden, mit denen wir ansatzweise einige Relationen und Veränderungen nochmals auf den Prüfstand stellen können.

Eine weitere Erhebung zum Institutionenvertrauen stellen *Berger* [13] Die Veränderungen der in *Berger* et al. (1995) dargestellten Mittelwerte zeigen ebenfalls einen Vertrauenszuwachs für Institutionen zwischen 1993 und 1995, wobei sich der Mittelwert für die Bundesregierung mit +0,7 unter allen untersuchten Einrichtungen am meisten verbessert hat: "Erstmals seit Erweiterung der Liste der Institutionen auf insgesamt 13 Organe wird damit 1995 keine einzige Einrichtung des öffentlichen Lebens mit einem negativen Mittelwert bedacht. Dies ist neben den insgesamt gestiegenen Vertrauenswerten ein deutlicher Indikator dafür, daß das Vertrauen ... in den vergangenen zwei Jahren deutlich zugenommen hat." (*Berger* et al. 1995: 42) Einen Vertrauensschwund für die Verwaltungsorganisationen, wie in Schaubild 4 für die dichotome Abfrage dargestellt, verzeichnen *Berger* et al. (1995) bei ihren Mittelwertuntersuchungen nicht. Die relativen Rangpositionen der verschiedenen Einrichtungen sind aber in beiden Datenquellen recht ähnlich.

Hat die Politik die Vertrauenskrise überwunden? Das Bild sieht 1995 gegenüber 1993 (EMNID- und ipos-Daten) bereits etwas besser aus. Dennoch gilt es, bei weiter reichenden Schlußfolgerungen vorsichtig zu sein. Die Zusammenhänge der politischen Einstellungen mit dem Wahlzyklus sind bereits angesprochen worden, und es kann nicht ganz ausgeschlossen werden, daß 1995 die Unterstützungsmobilisierung aus dem Wahljahr 1994 noch nicht ganz abgeklungen war. Daneben geht aus Schaubild 4 hervor, daß der Grad politischer Unterstützung für regierungspolitische Institutionen im Aggregat prima vista auch mit der subjektiven Einschätzung der Wirtschaftslage kovariiert (vgl. auch weitere Zeitreihendaten in ***Fuchs*** 1987). Ähnliches gilt für die jahresspezifischen objektiven Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Statistisches Bundesamt 1995, 1996; zu dem Zusammenhang auf Individualdatenebene siehe u.a. Tabelle 3). Beurteilungen der weiteren wirtschaftlichen Ent-

13 Die Erfassung der absoluten Verbreitung von eigentlich "unsichtbaren" Merkmalen wie Vertrauen ist von den Skalierungsvorgaben stark abhängig. Bei einer dichotomen Abfrage kann nach bereits vorliegenden Vergleichen erwartet werden, daß sich mehr Befragte zu Mißtrauen bekennen, während sie sich bei Vorgabe von mehrstufigen Skalen differenzierter äußern bzw. mit absolut negativen Angaben zurückhaltender umgehen. Insgesamt können unterschiedliche Skalen dieser Art also nicht auf einfache Weise zusammengefaßt werden (vgl. ***Löwenhaupt*** 1993; ***Smith*** 1994). Eher möglich sind - bei entsprechender Vorsicht - Vergleiche von relativen Positionen, welche die Befragten verschiedenen Institutionen innerhalb einer Listenabfrage jeweils zuweisen.

wicklungschancen geben aber zur Zeit kaum Anlaß zur Sorglosigkeit: 52% der Westdeutschen und 47% der Ostdeutschen erwarten 1996 eine Verschlecuterung der deutschen Wirtschaftslage im nächsten Jahr (ALLBUS 1996 Demo-Subset unter NSDstat; siehe den Abschnitt über die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ in diesem Heft (Auswertungen unter Einschluß von in Deutschland lebenden Ausländern)).

Schließlich sei ein kurzer Blick auf die Relation zwischen Ost- und Westdeutschland geworfen. *Walz* (1996: 82 f.) stellt seit 1991 eine schrittweise Annäherung der Vertrauensangaben fest, räumt dabei allerdings ein, daß die Vergleichbarkeit seiner Daten wegen teilweise unterschiedlicher Skalenvorgaben nur mit Einschränkung gegeben sei. Da wir für die Ost-West-Zeitreihenvergleiche bis einschließlich 1995 zwei unabhängig voneinander erhobene Zeitreihen heranziehen können (ipos und EMNID), sind nun einige neue Informationen hinzuzufügen. Wie bei der grundsätzlichen Demokratiezufriedenheit sind auch die institutionsbezogenen und daher spezifischeren Angaben politischer Unterstützung nach ipos im Osten 1991 auf einem deutlich niedrigeren Mittelwertniveau als im Westen. Die verschiedenen aus den alten Bundesländern übernommenen Einrichtungen wurden nach den ersten unmittelbaren Erfahrungen im Anschluß an das Ende der DDR vielfach nicht (mehr) mit Vertrauen besetzt.

In den Folgejahren haben sich gemäß ipos-Daten die Mittelwertdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland für das Vertrauen zur *Bundesregierung* kaum reduziert(vgl.Tabelle4).[14] Auch beim Bundestag können wir nach ipos noch keine reliable Verringerung der Ost-West-Abstände verzeichnen, während EMNID-Daten eine geringfügige Verringerung der Differenz von 14 auf 11 Prozentpunkte ergeben. Der Bundesrat und die Landesregierungen gehören zu den Institutionen, für die sich nach ipos jeweils Angleichungen in der politischen Unterstützung abzeichnen. EMNID-Daten liegen diesbezüglich nicht vor. Bei den Parteien könnte über eine geringfügig gewachsene Ost-West-Divergenz allenfalls spekuliert werden, aber die EMNID-Daten zeigen eine Verringerung um einen Prozentpunkt, so daß hier bis auf weiteres eher von einer Konstanz auszugehen ist.

14 Die EMNID-Erhebung zum Institutionenvertrauen fand 1995 ca. dreieinhalb Monate nach dem ipos-Survey im August statt und liegt somit noch ein wenig später nach der Bundestagswahl. Ziehen wir zusätzlich die Prozentsätze aus den EMNID-Befragungen zur Inspektion heran, zeigen sich für 1995 7 Prozentpunkte Ost-West-Unterschied gegenüber 5 Prozentpunkten 1993.

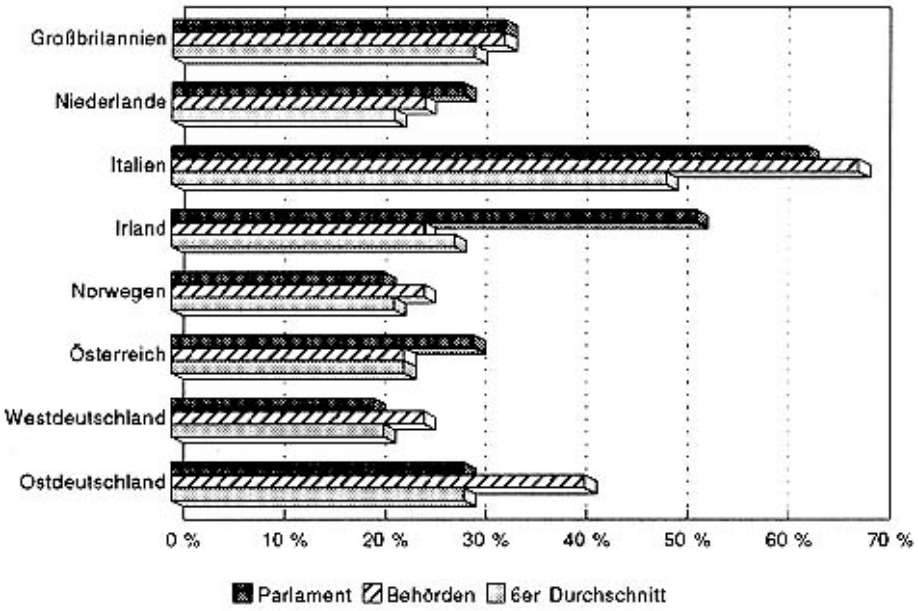
Tabelle 4: Vertrauen in Institutionen der Politik, Verwaltung und Sicherheit: Mittelwertdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland (eigene Berechnungen nach ipos-Daten in *Berger*

	1991	1992	1993	1995
Bundesregierung	0,7	0,7	1,0	0,8
Bundestag	1,1	0,8	1,4	1,2
Bundesrat	0,6	0,6	0,7	0,3
Landesregierung	0,7	0,6	0,2	0,2
Parteien	-	0,8	0,8	0,7
Bundesverfassungsgericht	1,4	1,1	1,3	1,0
Gerichte	2,1	1,0	1,0	1,1
Polizei	2,2	1,4	1,2	1,1
Bundeswehr	0,4	0,6	0,5	0,4

Gehen wir zu den "Verwaltungsinstitutionen" im unteren Teil von Tabelle 4 über, so ergibt die ipos-Zeitreihe beim Bundesverfassungsgericht eine schwache Angleichung. Die EMNID-Daten zeigen für 1995 gar keine Ost-West-Divergenz, während sie 1993 bei 21 Prozentpunkten lag. Das gerade im Westen oft kritisierte "Kruzifixurteil" war bei der späteren EMNID-Erhebung gerade bekannt geworden und könnte ggfs. zu einer Verschlechterung in dieser sonst sehr positiv Institutionsperzeption geführt haben. Hinsichtlich der Gerichte ergibt sich von 1991 auf 1992 eine Verringerung des Vertrauensunterschieds von 2,1 auf 1,0. Danach zeigt sich Konstanz. Dementsprechend gering sind die Veränderungen der Ost-West-Kontraste für die Justiz bei EMNID (21 Prozentpunkte 1993 vs. 19 Prozent-punkte 1995). Für die Polizei resultiert in der ipos-Zeitreihe in Tabelle 4 immerhin eine Ost-West-Angleichung, welche in den EMNID-Daten sogar noch etwas deutlicher zum Ausdruck kommt. Die Ost-West-Unterschiede für Vertrauen in die Bundeswehr verändern sich schließlich sowohl in den ipos- als auch in den EMNID-Daten kaum über die Zeit.

In mancher Hinsicht können wir zwar zusammenfassend von Tendenzen zur Ost-West-Annäherung sprechen, doch wäre es noch verfrüht, von einer einheitlichen Konvergenz auszugehen. *Berger* et al. (1995: 44) folgern immerhin, daß sich 1995 zwischen alten und neuen Bundesländern ein Angleichungseffekt hinsichtlich der Rangfolgen von Vertrauensdurchschnitten zeigt. Eindeutig ist aber, daß die regierungspolitischen Institutionen nach allen hier analysierten Daten 1995 eine positive Trendentwicklung gegenüber 1993 verzeichneten.

Schaubild 5: Mangel an Vertrauen in westeuropäische Nationalparlamente und Behörden - ISSP 1991
(% Gar kein Vertrauen oder Sehr wenig Vertrauen)



In Schaubild 5 sehen wir abschließend noch einen kurzen Überblick zum Ausmaß des *Mangels* an Vertrauen in Nationalparlamente, mit dem wir die deutsche Situation noch einmal in den europäischen Kontext stellen. Es handelt sich dabei um ISSP –Daten(International Social Survey Programme) von 1991, aus einer Zeit also, die kurz vor dem vielfach aufscheinenden Tiefpunkt politischer Unterstützung (1993) liegt. Die Daten wurden jeweils aus fünfstufigen Skalen des ISSP abgeleitet, wobei Befragte mit den Angaben „complete confidence“, „ a great deal of confidence“, „some confidence“ und „can’t choose“ denjenigen gegenübergestellt wurden, die entweder „very little confidence“ oder „no confidence at all“ antworten.[15]

Im Jahr 1991 ist Italien unangefochten Spitzenreiter im Mangel an politischer Unterstützung für das nationale Parlament und Behörden, gefolgt von der Republik Irland hinsichtlich des Parlamentsmißtrauens und Ostdeutschland hinsichtlich des Behördenmißtrauens. Vergleichsweise seltenen Vertrauensmangels verzeichnen die Parlamente in Norwegen und

15 Der 6er Durchschnitt in Schaubild bezieht sich auf den durchschnittlichen Prozentsatz des Vertrauensmangels bezüglich von insgesamt sechs im ISSP 1991 thematisierten Einrichtungen: Parlament, Behörden, Gerichte und Recht, Handel und Industrie, Kirchen und religiöse Organisationen, Schulen und Bildungswesen. Vor dem Hintergrund dieses Gesamtdurchschnitts werden die Nationalparlamente als regierungspolitische Institution und die Behörden als Verwaltungseinrichtungen thematisiert.

Westdeutschland, während andererseits in Irland die Behörden im Vergleich zum Parlament häufig akzeptiert werden.

Wir können nicht allen Details, die für eine profundere Untersuchung der verschiedenen Länderpartikularitäten erforderlich wären, nachgehen. Bei der Republik Irland wäre jeweils das besondere Zusammenspiel der nationalen Parteien zu beachten, das zu veränderlichen Graden politischer Unterstützung geführt haben mag. Insgesamt ist die Demokratiezufriedenheit in Irland laut Eurobarometer-Daten wechselvoll, verzeichnet aber sonst gerade zu Beginn der 90er Jahre einen positiven Trend. Bei dieser positiven Entwicklung mag das derzeit in der EU ermöglichte wirtschaftliche Wachstum eine Rolle gespielt haben. "Local authorities" genießen übrigens als Informationsquellen gegenüber zentralen Institutionen in Irland ein etwas höheres Vertrauen, was nicht den sonst in der EU oder in Deutschland üblichen Relationen entspricht (*Sinnott* 1995: 32). Irland durchläuft als eine Art von Schwellenland offenbar in manchen Bereichen eine wechselgeprägte sozialpolitische Transformation. Ein 1995 im Eurobarometer 43 festzustellender Vertrauensprozentsatz von 48% für das nationale Parlament liegt immerhin über dem 15er EU-Durchschnitt von 45%. Auch in Italien ist eine kritische Haltung zu politischen Institutionen zwar weitgehend notorisch, aber es zeigen sich zum *europäischen Kontext* enge Beziehungen, die unsere Beachtung verdienen: Sowohl in Irland, als auch in Italien findet das *Europa-Parlament* überdurchschnittliche Akzeptanz, die deutlich über die der jeweiligen Nationalkammern hinausgeht (Europäische Kommission 1995: 44 ff.).

Bemerkenswert ist schließlich, daß 1991 - auf einem Tiefpunkt der politischen Unterstützung nach der Wende - der Vertrauensmangel in Ostdeutschland nicht grundsätzlich höher ist als in anderen europäischen Ländern. Hinzuzufügen bleibt allerdings, daß sich Ostdeutschland im ISSP 1991 bei den Vertrauensfragen durch vergleichsweise hohe Prozentsätze Unentschiedener (can't choose) auszeichnet, die hier nicht zu den Mißtrauischen gerechnet wurden. Es ist naheliegend, daß sich 1991 im einzigen postsozialistischen Gebiet, das heute bereits an die bislang westlich geprägte EU angeschlossen wurde, ein noch relativ geringer Kenntnisstand bezüglich der weitgehend übernommenen sozialpolitischen Institutionen und damit eine Zurückhaltung bei dezidierten Angaben ergeben hat.

Artikuliertes Vertrauen in Politik und Umfrageforschung

Eigentlich ist es intuitiv zunächst positiv zu bewerten, wenn ein wohlbegründetes Vertrauen in die Einrichtungen einer demokratischen Gesellschaft besteht. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist nach ***Parry*** (1976), daß die Mitglieder einer "civic culture" sich selbst untereinander trauen können. ***Durkheim*** **(**1960a) sah kontrastierend zur *"Anomie"* - der Störung poietischer, sozialer Gesetzlichkeit - im tief

begründeten politischen Konsensus über soziale Grundtatsachen eine Gewährleistung des weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts. Er betonte damit wie eine Reihe anderer früher Soziologen die Vorzüge und den Zweck sozialer Integration.

Verstärkte Individualisierung und gesellschaftspolitische Transformation bedeutet nicht zuletzt eine Schwächung und Überformung tradierter sozialer Tatbestände (Gesetze, Normen, Institutionen bis hin zu Integrationsideologien etc.). Der persönliche Ausdruck eines anomischen gesellschaftlichen Zustands kann als *"Anomia"* (*Srole* 1956; *Merton* 1970) bezeichnet werden, um ihn vom gesellschaftlichen Zustand der *Anomie* nach *Durkheim* zu unterscheiden. Zeiten des deutlicher hervortretenden sozialen Umbruchs bedeuten aber *notwendigerweise* Anomie als Aufhebung des bisher Geltenden und Orientierenden, die sich in verschiedenen Formen subjektiver Anomia äußern, ohne daß darin notwendigerweise eine schuldhafte oder negativ abweichende Haltung gesehen werden muß. *Merton* hat in diesem Kontext Typologien entwickelt, um verschiedene Typen des Verhaltens in mehr oder weniger anomischen Kontexten zu beschreiben: Konformität, Innovation, Ritualismus, Rückzug und Rebellion. Ist die soziale Konfiguration nicht mehr in einer als ideal angenommenen Ordnung, wird unmodifizierte Anpassung an die allgemein akzeptierten Mittel zur immer hypothetischer werdenden Erreichung von Lebenszielen beispielsweise zum "Ritualismus". Fortgesetzt wird diese Reaktionsweise in einer "inneren Kündigung", bei der nur noch äußerlich den Forderungen eines sozialen Zusammenspiels genügt wird, während eigene Kreativität und Innovation unter der Oberfläche einer Scheinintegration vermieden werden.

Die Politikverdrossenheit in Westeuropa wird infolge der Attraktivität "schlechter Neuigkeiten" in Medienberichten und Alltagsgesprächen gelegentlich überbetont, so daß der negative Eindruck von politischer Unbelehrbarkeit und "Demokratie in der Sackgasse" entstehen könnte. Selbst moderat gegenläufige Tendenzen sollten deshalb nicht übersehen, sondern in den differenzierter verfahrenden Sozialwissenschaften angemessen betont werden. Andererseits ist eine gestiegene Fähigkeit und vielleicht auch Bereitschaft zur *Artikulation* von Kritik eigentlich genau das, was wir in unserer Gesellschaft infolge der globalen Bildungsexpansion, Säkularisierung, Individualisierung und Ausbreitung von Postmaterialismus erwarten dürfen. "Politisches Vertrauen und politische Kompetenz haben sich gegenläufig entwickelt" (*Hoffmann-Lange* 1994). Die Bedeutung von höherer Bildung für die spezifisch-generalisierte Unterstützung ist zwar nicht immer ganz eindeutig (*Parry* 1976; *Döring* 1990, 1992; *Terwey* und *Pollack* 1996), doch ist der Befund eines bei höherer Qualifikation oft verringerten Institutionenvertrauens in Deutschland bisher relativ eindeutig (zur abweichenden Tendenz bezüglich der grundlegenderen Demokratiezufriedenheit vgl. Tabelle 3).

Bei der Einschätzung der Ergebnisse sind unterschiedliche Möglichkeiten zu berücksichtigen, wie das festgestellte Meinungsklima zu bewerten sein mag. Niedriges Zufriedenheitsniveau und Vertrauen in etablierte Institutionen läßt sich auch als berechtigte Skepsis auffassen, wenn es nicht in grundsätzlichem Legitimitätsentzug, Ritualismus,apathischer Passivi-

tät oder destruktiver Entfremdung endet. Man mag nach näherer Prüfung die Meinung vertreten, daß zeitweilige Abnahmen in der spezifischen politischen Unterstützung positiv interpretierbare Signale sein können, wenn darin eine verbesserte latente Wachsamkeit oder eine vorübergehend angemessene Kritikbereitschaft zum Ausdruck kommt (*Kaase* 1988; *Döring* 1990, 1992; *Gabriel*.[16] Es besteht im übrigen Grund zur Annahme, daß die artikulierte Zufriedenheit mit den politischen Akteuren (political authorities) im Vergleich zur generalisierten oder spezifisch-generalisierten Zufriedenheit noch kleiner ist (*Trometer* und *Mohler* 1994; *Dogan* 1994). Allerdings müßten die Unzufriedenen sich dabei auch fragen, welche Grundbedingungen und Handlungsspielräume wir heute den Politikern noch realistischerweise zuschreiben können.

Parry (1976) und *Döring* (1992: 127) führen unter anderem *John Locke* als Klassiker zum Verhältnis von Staat und Individuum an: "There is no suggestion that men in general or politicians in particular are 'trustworthy'." Warum sollten die Akteure in den Institutionen auch alle ein exzellentes Ensemble positiver Eigenschaften besitzen, die wir in unserem unmittelbaren persönlichen Bereich kaum zu finden vermögen, obgleich die Versuchungen zum Mißbrauch ihrer Funktionen mit den positionsbedingt gestiegenen Möglichkeiten *ceteris paribus* wachsen. Das politische System profitiert also von einem gewissen Ausmaß kritischer Einstellungen, wenn die Rollensender an der Basis nicht zu einem Umsturz schreiten und zugleich einen Rest *konstruktiver Mitarbeit* bewahren. Wichtig ist dabei die hinreichende Bearbeitung von eventuellen Funktionsschwächen durch das *Elektorat*. Ein sehr tiefgehender Mangel an generalisierter politischer Unterstützung, der nicht nur einer oberflächlicheren Artikulationsweise ("Zeitgeist") entspringt, sondern die habituell tiefer verankerte Enkulturation im Sinne eines grundsätzlichen Pessimismus langfristig prägt, müßte uns noch nachdenklicher stimmen, als es die Debatte zur ohnehin schon mißlichen "Politikverdrossenheit" absehen läßt. Solch eine Beeinträchtigung des Konsensus wäre nicht nur politisch relevant, sondern sie müßte auch vor dem Hintergrund der anthropologischen und ethischen Bedeutung von Institutionen durchdacht werden. Ein dabei zu bedenkendes Problem der Institutionen ist das der sittlichen Wirklichkeit des Handelns, "das notwendig die kritische Reflexion von Handlungsnormen und die Legitimation von Institutionen im Prozeß der Kommunikation einschließt." (*Vossenkuhl* 1992: 132). Als ein Hilfsmittel, um grundsätzli-

16 Man kann gegen das Argument eines für Demokratie realistischerweise positiv einzuschätzenden geringen Vertrauensvorschusses einwenden, daß es zwar sinnvoll sei, gegenüber *konkreten Akteuren* (authorities; people running institutions) mißtrauisch zu sein, die *reinen Institutionen* als solche sollten aber in einer Demokratie unsere Unterstützung verdienen. Diese Unterscheidung ist, wie bereits gesagt, unseres Erachtens zunächst *analytischer* Natur, und wir können in Umfragen natürlich nicht davon ausgehen, daß Befragte diesbezüglich bei ihren Antworten differenzieren (vgl. im übrigen zu teilweise divergierenden Standpunkten in dieser Diskussion ***Löwenhaupt*** 1993; ***Walz*** 1996: 85 f.). Erhebungsmodule, die ggfs. eine solche analytische Trennung operationalisieren, wären zumindest viel kostspieliger als die bisher vorliegenden.

chen Abwertung zentraler Institutionen und Organisationen entgegenzuwirken, kann uns unter Umständen auch die Artikulation in der empirischen Sozialforschung dienen.

Eine solide Meinungsforschung kann für den Erhalt politischer Unterstützung eine durchaus positive politische Funktion haben, wie *Haller* (1994) in seiner Arbeit über die Zukunft Europas und die Funktion empirischer Sozialforschung hervorhebt. Die Sozialwissenschaften zielen demzufolge einerseits auf die *Legitimation* politischer Herrschaft und politischer Institutionen, andererseits haben sie aber auch eine *aufklärerische Funktion*. Zwar kann man gegen die Verwendung von Meinungsumfragen im Praxisbereich der Politik einwenden, daß sich hier eine demokratisch bedenkliche Entwicklung abzeichne, doch sollten die auch heute noch bestehenden oder neu entstandenen Grenzen der wissenschaftlichen und politischen Handlungsspielräume nicht ignoriert werden. Die sich abzeichnende Option einer politisch aufklärenden Sozialwissenschaft besteht nicht darin, auf solche Umfragen überhaupt zu verzichten: "Wenn es das Instrument der Meinungsforschung gibt, wird es auch immer Parteien und Interessengruppen geben, die es für ihre Zwecke einsetzen und ausnutzen. (Der einzige Weg, es völlig zu unterbinden, wäre ein demokratiepolitisch völlig indiskutables Verbot.) ... Die demokratiepolitisch adäquate Folgerung kann daher nur lauten, Meinungsforschung so einzusetzen, daß ihr ausschließlicher und einseitiger Gebrauch durch bestimmte Interessengruppen ... verhindert wird." (*Haller* 1994: 17). Ein positiv gesellschaftskritisches Potential freier Sozialforschung ist u.a. aus der Unterdrückung solcher Arbeiten in totalitären oder totalitär-fundamentalistischen Gesellschaften ablesbar. Kritische Äußerungen in der Umfragefrageforschung sind bei näherem Hinsehen durchaus auch als realistisch kalkulierter Versuch der politischen Einflußnahme in einer "Mediendemokratie" zu verstehen, wenn die Kritik eine Chance hat, anerkannt zu werden.

Literatur

Almond, Gabriel A. und ***Sidney Verba*** 1963:
The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton (N.J.): Princeton University.

Beck, Ulrich 1986:
Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bellah, Robert N, und **Phillip Hammond** 1980:
Varieties of Civil Religion, New York: Harper & Row.

Belligni, Silvano 1995:
Die "schmutzigen Jahre". Die Ent-Institutionalisierung der italienischen Parteien, in: Birgitta Nedelmann (Hg.), Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag: 167 - 187.

Berger, Manfred, Mathias Jung und **Dieter Roth** 1995:
Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1995 in Deutschland, Mannheim: institut für praxisorientierte sozialforschung (ipos).

Blasius, Jörg 1994:
Subjektive Umweltwahrnehmung - eine Trendbeschreibung, in: Michael Braun und Peter Ph. Mohler (Hg.), Blickpunkt Gesellschaft 3. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger, Opladen: Westdeutscher Verlag: 107 - 132.

Blossfeld, Hans-Peter 1983:
Höherqualifizierung und Verdrängung - Konsequenzen der Bildungsexpansion in den siebziger Jahren, in: Max Haller und Walter Müller (Hg.), Beschäftigungssystem im gesellschaftlichen Wandel, Frankfurt a.M. und New York: Campus: 184 - 240.

Bürklin, Wilhelm 1994:
Verändertes Wahlverhalten und der Wandel der politischen Kultur; in: Wilhelm Bürklin und Dieter Roth (H-g.), Das Superwahljahr: Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten, Köln: Bund-Verlag: 27-53.

Bürklin, Wilhelm, Markus Klein und **Achim Ruß** 1994:
Dimensionen des Wertewandels. Eine empirische Längsschnittanalyse zur Dimensionalität und der Wandlungsdynamik gesellschaftlicher Wertorientierungen, in: Politische Vierteljahresschrift 35: 579 - 629.

Casanova, José 1994:
Public Religions in the Modern World, Chicago und London: The University of Chicago Press.

Clausen, Lars 1988:
Produktive Arbeit, destruktive Arbeit. Soziologische Grundlagen, Berlin und New York: Walter de Gruyter.

Dogan, Mattei 1994:
The Pendulum between Theory and Substance. Testing the Concepts of Legitimacy and Trust, in: Mattei Dogan und Ali Kazancigil (Hg.), Comparing Nations: Concepts, Strategies, Substance, Oxford und Cambridge (Mass.): Basil Blackwell: 297 - 313.

Döring, Herbert 1990:
Aspekte des Vertrauens in Institutionen: Westeuropa im Querschnitt der internationalen Wertestudie 1981, in: Zeitschrift für Soziologie 19: 73 - 89.

Döring, Herbert 1992:
Higher Education and Confidence in Institutions: An Analysis, in: West European Politics 15: 126 - 146.

Durkheim, Emile 1960 (1912):
Les formes élémentaires de la vie religieuse, Paris: Presses Universitaires de France.

Durkheim, Emile 1960a (1897):
Le suicide, Paris: Presses Universitaires de France.

Easton, David 1975:
A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5: 435 - 457.

Easton, David 1979 (1965):
A System Analysis of Political Life, Chicago und London: The University of Chicago Press.
EMNID-Institut (mehrere Jahrgänge):
Umfrage & Analyse: Bielefeld: EMNID.
EMNID-Institut 1995:
Umfrage & Analyse 7/8: Bielefeld: EMNID.
Europäische Kommission 1995:
Bericht über die Eurobarometer-Meinungsumfrage 43, Brüssel: Generaldirektion X.

Fix, Elisabeth 1995:
Die Genese der "Bewegungspartei" als neuer Parteityp im politischen System Italiens, in: Birgitta Nedelmann (Hg.), Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag: 188 - 214.

Franz, Gerhard 1985:
Zeitreihenanalysen zu Wirtschaftsentwicklung, Zufriedenheit und Regierungsvertrauen in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung eines dynamischen Theorienansatzes zur Konstitution der Legitimität einer Regierung, in: Zeitschrift für Soziologie 14: 64 - 88.

Fuchs, Dieter 1987:
Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik, in: Dirk Berg-Schlosser und Jakob Schissler (Hg.), Politische Kultur in Deutschland: Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 18: 357 - 377.

Fuchs, Dieter und Steffen Kühnel 1990:
Die evaluative Bedeutung ideologischer Selbstidentifikation, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann

(Hg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen: Westdeutscher Verlag: 217-252.

Gabriel, Oscar W. 1993:
Institutionenvertrauen im vereinigten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B43/93: 3 - 12.

Gehlen, Arnold 1993 (1940):
Der Mensch: Seine Natur und seine Stellung in der Welt, Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann.
Geiger, Theodor 1967 (1932):
Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes, Stuttgart: Ferdinand Enke.

Gluchowski, Peter und **Peter Mnich** 1993:
Alter, Generationen und Parteipräferenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B43/93: 13 - 23.

Gold, David 1969:
Statistical Tests and Substantive Significance, in: The American Sociologist 4: 42 - 46.

Haller, Max 1994:
Über die Notwendigkeit einer objektiven und kritischen Aufklärung über den Prozeß der europäischen Integration, in: Max Haller und Peter Schachner-Blazizek (Hg.), EUROPA - WOHIN? Wirtschaftliche Integration, soziale Gerechtigkeit und Demokratie, Graz: Leykam: 11 - 40.

Hoffmann-Lange, Ursula 1994:
Zur Politikverdrossenheit Jugendlicher in Deutschland - Erscheinungsformen und Ursachen, in: Politische Studien 45/336: 92 - 106.

Inglehart, Ronald 1971:
The Silent Revolution in Post-Industrial Societies, in: American Political Science Review 65: 991 - 1017.
Inglehart, Ronald 1977:
The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton: Princeton University Press.
Inglehart, Ronald, Karlheinz Reif und **Anna Melich** 1994-95:
European Communities Studies, 1970-1992: Cumulative File and Codebook, Ronald Inglehart (producer), ICPSR (Inter-university Con-sortium for Political and Social Research, distributor), Ann Arbor,MI.,Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (distributor), Köln.

Jagodzinski, Wolfgang 1984:
Wie transformiert man Labile In Stabile RELationen. Zur Persistenz postmaterialistischer Wertorientierungen, in: Zeitschrift für Soziologie 13: 225 - 242.
Jagodzinski, Wolfgang 1986:
Black&White statt LISREL? Wie groß ist der Anteil von "Zufallsantworten"beim Postmaterialismusindex?,in:ZA-Information 19:30-51.

Jagodzinski, Wolfgang und **Karel Dobbelaere** 1993:
Der Wandel kirchlicher Religiosität in Westeuropa, in: Jörg Bergmann, Alois Hahn und Thomas Luckmann (Hg.), Religion und Kultur. Sonderheft 33 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag: 69 - 91.

Kaase, Max 1988:
Political Alienation and Protest, in: Mattei Dogan (Hg.), Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy, Boulder (Co.): Westview Press: 114 - 142.
Kaase, Max und **Kenneth Newton** 1995:
Beliefs in Government. Volume Five, Oxford und New York: Oxford University Press.
Kirchgässner, Gerhard 1977:
Wirtschaftslage und Wählerverhalten, in: Politische Vierteljahresschrift 18: 510 - 536.

Klages, Helmut 1981:
Überlasteter Staat - verdrossener Bürger. Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Frankfurt a.M. und New York: Campus.
Klingemann, Hans-Dieter 1985:
West Germany, in: Ivor Creve und David Denver (Hg.), Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility, London und Sidney: Croom Helm: 230 - 263.

Kühnel, Steffen M. und **Michael Terwey** 1990:
Einflüsse sozialer Konfliktlinien auf das Wahlverhalten im gegenwärtigen Vierparteiensystem der Bundes

republik, in: **Walter Müller, Peter Ph. Mohler, Barbara Erbslöh** und **Martina Wasmer** (Hg.), Blickpunkt Gesellschaft. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger, Opladen: Westdeutscher Verlag: 63 - 94.

Lenski, Gerhard 1973:
Macht und Privileg: Eine Theorie der sozialen Schichtung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Lepsius, Rainer M. 1995:
Institutionsanalyse und Institutionenpolitik, in: Birgitta Nedelmann (Hg.), Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag: 392 - 403.

Lipset, Martin Seymour und **Stein Rokkan** 1967:
Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: Martin Seymour Lipset und Stein Rokkan (Hg.), Party Systems and Voter Alignments, New York: The Free Press: 1 - 64.

Löwenhaupt, Stefan 1993:
Vertrauen in Institutionen und Einstellungen der Bürger zur Verwaltung - Bericht zur Datenlage, Verwaltungswissenschaftliche Beiträge der Universität Bamberg Nr. 29.

Merton, Robert K. 1957:
Social Theory and Social Structure, New York: Free Press.

Merton, Robert K. 1970:
Anomie, Anomia und soziale Interaktion - Beziehungen zu abweichenden Verhalten, in: Arthur Fischer (Hg.), Die Entfremdung des Menschen in einer heilen Gesellschaft, München: Juventa: 156 - 161.

Meulemann, Heiner 1985:
Wertwandel in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1980: Versuch einer zusammenfassenden Deutung vorliegender Zeitreihen, in: Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger und Karl Schmitt (Hg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot: 391 - 411.

Mincer, Jacob 1974.
Schooling, Experience, and Earnings, New York: Columbia University Press.

Pappi, Franz Urban (Hg.) 1979:
Sozialstrukturanalyse mit Umfragedaten. Probleme der standardisierten Erfassung von Hintergrundsmerkmalen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen, Königstein/Ts.: Athenäum.

Pappi, Franz Urban 1985:
Die konfessionell-religiöse Spannungslinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel, in: Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger und Karl Schmitt (Hg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot: 263- 290.

Pappi, Franz Urban 1986:
Das Wahlverhalten sozialer Gruppen im Zeitvergleich, in: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.), Wahlen und politischer Prozeß: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen: 369- 384.

Pappi, Franz Urban und **Michael Terwey** 1982:
The German Electorate: Old Cleavages and New Political Conflicts, in: Herbert Döring und Gordon Smith (Hg.), Party Government and Political Culture in Western Germany, London: Macmillan: 174 - 196.

Parry, Geraint 1976:
Trust, Distrust, and Consensus, in: British Journal of Political Science 6: 129 - 142.

Pickel, Gert und **Susanne Pickel** 1996:
Nicht nur die Politiker zählen - Einige vergleichende Ergebnisse über die Demokratisierung in Osteuropa im Zeitverlauf mit Hilfe der Central and Eastern Eurobarometer, in: ZA-Information 38: 82 - 93.

Pickel, Gert und **Dieter Walz** 1995:
Politisches Institutionenvertrauen in der Bundesrepublik Deutschland in zeitlicher Perspektive, in: Journal für Sozialforschung 35: 145 - 156.

Pollack, Detlef 1996:
Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Untersuchungen zu den ostdeutschen Transformationsprozessen in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, der Zeitschrift für Soziologie und der Sozialen Welt, in: Soziologische Revue 19: 412 - 429.

Rattinger, Hans 1980:
Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot.

Rattinger, Hans 1985:
Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983, in: Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger und Karl Schmitt (Hg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot: 183 - 220.

Schnell, Rainer und **Ulrich Kohler** 1995:
Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47: 634 - 657.

Sinnott, Richard 1995:
Knowledge of the European Union in Irish Public Opinion: Sources and Implications, Dublin: Institute of European Affairs.

Smith, Tom W. 1994:
A Comparison of Two Confidence Scales, GSS Methodological Report No. 80, Chicago: NORC.

Srole, Leo 1956:
Social Integration and Certain Corrolaries - An Exploratory Study, in: American Sociological Review 21: 709 - 716.

Statistisches Bundesamt (verschiedene Jahrgänge):
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.

Terwey, Michael 1981:
Theorie und Empirie bei Tönnies. Am Beispiel von Arbeiten über Selbstmord und Kriminalität, in: Franz Urban Pappi und Lars Clausen (Hg.), Ankunft bei Tönnies, Kiel: Mühlau: 140 - 171.

Terwey, Michael 1984:
Klassenlagen als Determinanten von Einkommensungleichheit, in: Zeitschrift für Soziologie 13: 134 - 144.

Terwey, Michael 1987:
Class Position and Income Inequality: Comparing Results for the Federal Republic with Current U.S. Research, in: Wolfgang Teckenberg (Hg.), Comparative Studies of Social Structure. Recent Research on France, the United States, and the Federal Republic of Germany, Armonk, New York und London: Sharpe: 119 - 171.

Terwey, Michael 1990:
Zur Wahrnehmung von wirtschaftlichen Lagen in der Bundesrepublik, in: Walter Müller, Peter Ph. Mohler, Barbara Erbslöh und Martina Wasmer (Hg.), Blickpunkt Gesellschaft. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger, Opladen: Westdeutscher Verlag: 144 - 171.

Terwey, Michael 1992:
Zur aktuellen Situation von Glauben und Kirche im vereinigten Deutschland: Eine Analyse der Basisumfrage 1991, in: ZA-Information 30: 59 - 79.

Terwey, Michael 1995:
Weltanschauliche Selbstbestimmung und Einstellung zu sozialer Ungleichheit: Unterschiede im Deutschen Post-Sozialismus?, in: Heinz Sahner und Stefan Schwendtner (Hg.), 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen, Opladen Westdeutscher Verlag: 674 - 679.

Terwey, Michael 1996:
Religiöse Weltauffassungen, materielle Zufriedenheit und Lernziel "Gehorsam", in: ZA-Information 38: 94 - 117.

Terwey, Michael 1996a:
Weltanschauungen junger Menschen in Ost und West, in: Evelyn Brislinger, Brigitte Hausstein und Eberhard Riedel (Hg.), Jugend im Osten, Berlin: trafo verlag: Im Erscheinen.

Terwey, Michael und **Detlef Pollack** 1996:
Institutionenvertrauen in Deutschland: Differenz und Integration, Papier vorgestellt auf dem 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Dresden: 07.11.96.

Thome, Helmut 1985:
Wandel zu postmaterialistischen Werten? Theoretische und empirische Einwände gegen Ingleharts Theorie-Versuch, in: Soziale Welt 36: 27 - 59.

Trometer, Reiner und **Peter Ph. Mohler** 1994:
Krise der Politik oder Krise der Demokratie? Einstellungen zur politischen Ordnung in der Bundesrepublik, in: Michael Braun und Peter Ph. Mohler (Hg.), Blickpunkt Gesellschaft 3. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger, Opladen: Westdeutscher Verlag: 19 - 40.

Vossenkuhl, Wilhelm 1992:
Institutionen, in: Otfried Höffe, Maxmilian Forschner, Alfred Schöpf und Wilhelm Vossenkuhl (Hg.), Lexikon der Ethik, München: C.H. Beck: 131 - 132.

Walz, Dieter 1996:
Vertrauen in Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995, in: ZUMA-Nachrichten 38: 70 - 89.

Wasmer, Martina 1990:
Umweltprobleme aus der Sicht der Bevölkerung. Die subjektive Wahrnehmung allgemeiner und persönlicher Umweltbelastung 1984 und 1988, in: Walter Müller, Peter Ph. Mohler, Barbara Erbslöh und Martina Wasmer (Hg.), Blickpunkt Gesellschaft. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger, Opladen: Westdeutscher Verlag: 1118 - 143.

Weber, Max 1976 (1922):
Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen: Mohr.

Weber, Max 1993 (1904/05):
Die protestantische Ethik und der "Geist" des Kapitalismus, Bodenheim: Neue Wissenschaftliche Bibliothek.

Westle, Bettina 1989:
Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde -, Baden-Baden: Nomos.

Westle, Bettina 1992:
Unterstützung des politischen Systems, in: Peter Ph. Mohler und Wolfgang Bandilla (Hg.), Blickpunkt Gesellschaft 2. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger in Ost und West, Opladen: Westdeutscher Verlag: 21 - 44.

Westle, Bettina 1994:
Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46: 571 - 596.

Wolf, Christof 1996:
Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 37: 713 - 734.

Wright, Erik Olin 1979:
Class Structure and Income Determination, New York: Academic Press.

ZA (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung) 1993:
ISSP 1991 (Studie-Nr. 2150). Codebuch, Köln: Zentralarchiv.

ZA (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung) und ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen) 1995:
Kumulierter ALLBUS 1980-94 (Studie-Nr. 1795). Codebuch, Köln: Zentralarchiv.